DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DW-Exklusiv
Sex-Gerüchte in der Demokratiebewegung!
Seite 14

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 58 ab Samstag, 14. August 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 58. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

HIER KOMMT DAS VOLK: 28./29. AUGUST IN BERLIN & KALENDER SEITE 6 | FRANKREICH STEHT AUF! DW-REPORTAGE DER PARISER GROSSDEMO, SEITE 11

Nein! ZUM IMPFZWANG

Jeder Deutsche darf noch selbst entscheiden, ob er sich impfen lassen will oder nicht. Aber nicht jeder Deutsche darf in Freiheit leben, sondern nur die Geimpften. Beides widerspricht sich und kann daher nur als verkappter Impfzwang durch die Hintertür bezeichnet werden. Welch Wunder: Die Impfapartheid ist da!

Am 22. Juli 2021 öffnete sich für Impf-Diktaktorin Angela Merkel wieder der Vorhang. Auf der Bundespressekonferenz propagierte sie die deutsche Impfkampagne. Das einzige Mittel, die Pandemie zu überwinden, der einzige Weg zurück in die Normalität: die Impfung. Eine Impfung schütze nicht nur vor schweren Krankheitsverläufen, sondern auch vor den beschränkenden Maßnahmen. »Je mehr geimpft sind, umso freier werden wir wieder sein«, so sprach ihre Durchlaucht. Die Kanzlerin bittet alle, die schon vom Impfen überzeugt seien, andere zu überzeugen und für den Impfschutz zu werben.

Der Verbund aus Politik, Pharmakonzernen und PR-Beratern ist sich wirklich für nichts zu schade. Mit den billigsten Tricks versuchen sie, die Bürger zum Spritzen zu bewegen: Impfpartys, Lange Nächte der Impfung, Bundespressekonferenzen, Impf-Drive-ins, Impfen2go und Impfsticker mit den Logos der Pharmafirmen. Gegenleistungen fürs Impfen gibt es natürlich auch: McDondald's Gutscheine — sicherlich sehr gesund —, Achterbahnfreifahrten und natürlich das ultimative Heil gegen Impfmüdigkeit: Bratwürste!

Die amtierende deutsche Regierung möchte, dass sich jeder, der seine Grundrechte wiederhaben möchte, impfen lässt. Echte Demokraten und Freigeister sagen: Nein, dankt endlich ab!



Zehntausende vor dem Pariser Invalidendom: Am 7. August gab es in 200 französischen Städten Massenaufstände. DW-Reportage von Ronja Palmer, Seite 11
Foto oben: Octav Dragan
Foto rechts: Ronja Palmer

WANN HAT DER TERROR EIN ENDE, FRAU MERKEL?

➔ Die traumatisierte Generation, Seite 7
➔ Plant das Corona-Regime nun Stromausfälle? Seite 9
➔ Klagt an: Kinderrechtlerin Ivonne Nöhren, S. 12/13

NACH IMPFUNG: »ERHEBLICH GRÖSSERE ZAHL VON TODESFÄLLEN.«
➔ Der Bericht von Jens Bernert, Seite 3

Die Demokratie-Dolmetscherin

***Der Preis der Republik geht an* Monika Bonnes.**

LAUDATIO | Von Casey Koneth

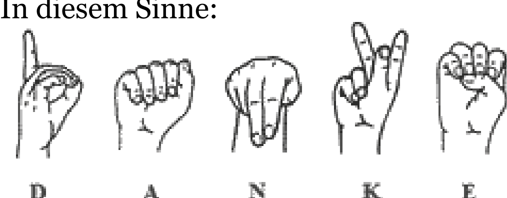


Normalerweise arbeiten Dolmetscher aufgrund der hohen Belastung des *Multitasking*-Berufs für maximal eine halbe Stunde am Stück. Sie hingegen dolmetscht stundenlang ohne Pause – und trägt dank ihrer Gebärdensprache die Kundgebungen der Demokratiebewegung zu all denjenigen, die mit den Augen und mit dem Herzen hören.

Ob in Stuttgart, Berlin oder Kassel: Auf allen großen Kundgebungen war Gebärdensprachdolmetscherin Monika Bonnes im Einsatz. Während sich die Redner auf der Bühne abwechselten, dolmetschte sie weiter und verzichtete sogar auf Trink- oder Toilettenpausen. »Das ist anstrengend, aber es ist wichtig und kommt von Herzen«, sagte sie uns erschöpft während einer Musikeinlage in Kassel, einem der seltenen Momente, in denen sie ein paar Minuten verschnaufen kann.

Dann geht es zurück auf die Bühne: Während sie mit beiden Beinen fest auf dem Boden steht, fliegen ihre Hände agil durch die Luft, um das gesprochene Wort simultan in die entsprechenden Gebärden zu übertragen. Dank ihres unermüdlichen Einsatzes ist die Demokratiebewegung um eine Sprache reicher. Und Sprache verbindet uns Menschen.

In diesem Sinne:



Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an die Gebärdensprachdolmetscherin Monika Bonnes. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

seit April 2020 erscheint diese Zeitung. Von Beginn an versucht man uns mit Gerichtsprozessen zu überhäufen, mit Klatsch & Tratsch (S. 14) am arbeiten zu hindern und uns willkürlicher Zensur zu unterziehen. Umsonst!

Das gedruckte Wort bleibt und jede Woche erscheint eine neue Ausgabe. Soll die Zeitung bei Ihnen pünktlich am Samstag ankommen, dann schließen Sie ein Abo (S. 15) ab.

Hochachtungsvoll,

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Eine sinngebende Erzählung?

EINWURF *von Werner Köhne*

Die Vollstrecker der Corona-Maßnahmen haben sich für ihr Tun bekanntlich eine Erzählung zurechtgelegt, die gut ankommt, obwohl sie frappant an die Geschichte von des »Kaisers neue Kleider« erinnert. In diesem Fall behält der Kaiser zwar sein Unterhemd an — es gibt den Virus — aber das schmälert nicht den Eindruck dumpfer Uneinsichtlichkeit.

Was auffällt: Das für jede Gesellschaft so wichtige »Sich etwas in der Not erzählen« wird gegenwärtig ad absurdum geführt, dazu die öffentliche Kommunikation entwertet. Soviel Tückisches kam noch nie aus den öffentlichen und staatlichen Anstalten. Schon wenn im TV die Gebäude des Robert-Koch-Instituts und der Leopoldina ins Bild kommen, wird einem kafkaesk zu Mute. Man könnte dagegen in der Erzählbarkeit und Kommunizierbarkeit zwei durchgängige Stützpfeiler der Menschheitsgeschichte sehen: Mit der Erzählung wird die Gegenwart mit der Vergangenheit verbunden — was im günstigsten Falle beruhigt. In der Kommunikation werden komplementär dazu Perspektiven für eine humane Zukunft entwickelt. Gut so. Aber beides liegt heute im Argen. Kommunikation wird durch die Aushöhlung der Wahrheit und eine machtfixierte Technologie der Worte zu Tode geritten; Versuche einer Sinngebung durch Erzählung enden hingegen in Zwangsdekreten oder *»Fucking Plots«* — bis in den TV-Alltag hinein.

Das begünstigt ein nervöses ADS-Verhalten, aber kein Narrativ. Einst versammelten sich unsere Urahnen um das Feuer und erzählten sich Geschichten, die ihnen etwas Sicherheit und Sinn boten. Heute werden diese Brutstätten der Sinngebung durch Medien ersetzt, die in einer Art *Dauer-Coaching* und in wechselnden Szenarien unsere Unterwerfung erproben. Insgesamt entsteht ein *Flow*, in dem alle Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden — diesmal aber nicht als Vorboten zu einer revolutionären Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, wie Karl Marx es sah, sondern elitär von oben verfügt. Der Kaiser ist nackt, er tanzt gar — und viele tanzen mit. Dagegen hilft nur kindlich befreiendes homerisches Gelächter.

ULI GELLERMANN
TAMARA GANJALYAN (HG.)
SCHWARZBUCH CORONA
Erster Band
Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Sodenkamp & Lenz

Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): Schwarzbuch Corona – erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses. Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erscheint bei Sodenkamp & Lenz, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Nächster Termin 18. August Münster. Weitere Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

Die Impftoten-Bilanz

Bisher wurden laut zuständiger EU-Datenbank 19.000 Tote nach Corona-Impfung gemeldet — die Dunkelziffer ist unbekannt. | Von Jens Bernert

EudraVigilance, die Datenbank der Europäischen Union für Verdachtsmeldungen von Arzneimittelreaktionen, die auch für die Registrierung von Impf-Nebenwirkungen zuständig ist, meldet — Stand 17. Juli 2021 — die fast unglaubliche Anzahl von 18.928 Todesfällen und 1.823.219 Verletzungen in der Europäischen Union nach Covid-19»Impfungen«.

Da üblicherweise nur ein kleiner Teil der Anzahl von Impfschäden gemeldet wird und der Halbsatz »steht nicht im Zusammenhang mit der Impfung« im Falle von Schäden nach einer »Corona-Impfung« mittlerweile Standard ist, muss man sogar von einer erheblich größeren Zahl von Todesfällen und Verletzungen ausgehen. An die Zahlen von EudraVigilance zu kommen, ist nicht einfach. Die Propagandamedien kommunizieren diese nicht, die EU veröffentlicht dazu keine Mitteilungen.

Das Infoportal Centre for Research on Globalization schreibt zu der Auswertung der aktuellsten Zahlen: »Die Datenbank der Europäischen Union für Berichte über Verdachtsfälle von Arzneimittelreaktionen heißt EudraVigilance, und dort werden derzeit 18.928 Todesfälle und 1.823.219 Verletzungen nach Covid-19-Injektionen gemeldet. Von der Gesamtzahl der erfassten Verletzungen sind rund die Hälfte, also 904.609, schwere Verletzungen beziehungsweise Schädigungen. ›Die Schwere gibt Auskunft über die vermutete unerwünschte Auswirkung; sie kann als schwerwiegend eingestuft werden, wenn sie einem medizinischen Ereignis entspricht, das zum Tod führt, lebensbedrohlich ist, einen stationären Krankenhausaufenthalt erfordert, einen anderen medizinisch wichtigen Zustand oder eine Verlängerung eines bestehenden Krankenhausaufenthalts zur Folge hat, zu einer anhaltenden oder erheblichen Behinderung oder Invalidität führt oder eine angeborene Anomalie/ein Geburtsfehler ist.‹«

Die in EudraVigilance aufgelisteten Zahlen dürften nur die Spitze des Eisbergs sein. Mittlerweile kennt sicherlich jeder Schilderungen von Impfnebenwirkungen aus dem Bekanntenkreis oder gar Todesfälle nach der Impfung ebenso wie die Qualitätspressemeldungen, dass Todesfälle oder »plötzliche Krankheiten« nach der Injektion nichts mit der Impfung zu tun hätten, und die zahlreichen Schilderungen zu Impfnebenwirkungen im Internet, auch wenn letztere unterdrückt werden.

RP-Online berichtet: »Schwelm. Ein Mann lässt sich im Impfzentrum des Ennepe-Ruhr-Kreises gegen Covid-19 impfen, bricht zusammen und stirbt unmittelbar danach. Nun liegen die Ergebnisse der Obduktion vor. ›Der Mann hatte eine schwere Vorerkrankung, sein Tod steht nicht im Zusammenhang mit der Impfung‹, sagt ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Hagen am Donnerstag auf Anfrage. Kurz darauf erlitt der Mann im Impfzentrum einen Zusammenbruch, in dessen Verlauf sich sein Gesundheitszustand so sehr verschlechterte, dass er vom Rettungsdienst in eine Klinik gebracht wurde. Dort starb er eine Stunde später.«

EINDEUTIGER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN IMPFUNG UND SCHÄDIGUNG

Auf *merkur.de* ist zu lesen: »Nachdem ein 82-Jähriger am vergangenen Donnerstag kurz nach der Impfung mit dem Vakzin von Biontech/Pfizer gestorben war, liegen jetzt die Obduktionsergebnisse vor. Laut Angaben der Würzburger Staatsanwaltschaft, die dem *BR* vorliegen, starb der Mann an einer natürlichen Todesursache. ›Ein Zusammenhang beziehungsweise eine Kausalität mit der erfolgten Impfung liegt nicht vor‹, so Pressesprecher Thorsten Seebach.«

Der Arzt und Zahnarzt Dr. Josef Peterhans schildert: »Ein Freund und Kollege von mir wurde Mitte Januar im Krankenhaus Brixen zum ersten Mal mit dem Biontech/Pfizer Impfstoff gegen Corona geimpft. Drei Wochen später erhielt Dr. Strüning seine zweite Impfung im Krankenhaus Brixen. Nach der zweiten Impfung kam es unmittelbar zu schweren Gelenkbeschwerden, Fieber und Arrhythmien des Herzens und erneut drei Wochen nach der zweiten Impfung zu einem schweren Iktus. Seitdem liegt



1. August 2021 in Berlin: Demokratin vor Polizeifolter-Szene.
Foto: Hannes Henklelmann

Dr. Strüning auf der Intensivstation des Bozener Krankenhauses. Man wird Ihnen sagen, der Iktus hätte nichts mit der Impfung zu tun. Man wird Ihnen sagen, Herr Strüning leidet aufgrund seiner Vorerkrankungen. Ich wiederhole noch einmal: unmittelbar nach der zweiten Impfung kam es zu starken Gelenkschmerzen, kam es zu Fieber und Herzarrhythmien.«

Einer Meldung des Nachrichtenportals *Ruhr24.de* kann man entnehmen: »Ein junger Mann (32) aus Bochum stirbt nach einer Impfung gegen Corona. Natürlich würde man sich Gedanken über das Coronavirus und die dazugehörige Corona-Impfung machen. In dem Fall des 32-Jährigen habe die Obduktion allerdings schnell Antworten gegeben — das Ableben hatte nichts mit der Impfung zu tun, der Mann litt an einer anderen Krankheit.«

Auch ohne die Dunkelziffer sollten jetzt eigentlich alle Warnglocken klingeln. Meldungen über Tausende von Toten nach den Covid-»Impfungen«. Normalerweise würde die »Notfallzulassung« dieser injizierten Mittel sofort aufgehoben werden. Doch nichts geschieht.

Dieser Text erschien zuerst im Online-Magazin *rubikon.news.*

MELDUNG

GROSSES VORBILD: KOCHSALZ STATT GENEXPERIMENT

Berlin/DW. In einem Impfzentrum in Niedersachsen wurde bei fast 9.000 Menschen anstelle des BioNtech-Impfstoffs eine Kochsalzlösung verimpft, meldete jüngst die *Tagesschau*. Zunächst hatte eine Krankenschwester gestanden, nach einem Missgeschick beim Anmischen der Impffläschchen, heimlich sechs Spritzen mit Kochsalzlösung aufgezogen zu haben. Nachforschungen ergaben jedoch, dass mehrere Tausend Spritzen keinen Impfstoff enthielten. Die Verdächtige schweigt. Die mehrheitlich über 70-Jährigen, die vom 5. März bis zum 20. April 2021 das Impfzentrum bei Schortens besucht hatten, sollen jetzt neu geimpft werden. (rop)

AN CORONA VERSTORBEN WEGEN DER IMPFUNG

London/DW. Daten der englischen Gesundheitsbehörde vom 6. August 2021 zeigen, dass die Sterblichkeitsrate von Geimpften doppelt so hoch ist wie die Sterblichkeitsrate von Ungeimpften. In ihrem *Technical Briefing* 20 kommt die Behörde außerdem zu dem Ergebnis, dass die Sterberate der sogenannten Delta-Variante um das Zehnfache niedriger ist als die der sogenannten Alpha-Variante, die im vergangenen Winter in England dominierend war. Das Risiko, an Corona zu sterben, ist mit einer Infektionssterblichkeitsrate (IFR) von 0,00267 Prozent mittlerweile deutlich geringer als das Risiko, an Influenza zu versterben. (hes)

WIE KÖNNEN IMPFNEBENWIRKUNGEN ERFASST WERDEN?

Jerusalem/DW. Eine Untersuchung von Notrufen in Israel zeigt, dass während der Impfkampagne viel mehr Herzinfarkte gemeldet wurden. Dies zeigt eine Studie von Prof. Retzef Levi der Universität in Boston. Gegenüber den Vorjahren gab es 2021 demzufolge einen 25-prozentigen Anstieg von Herzstillständen und Herzinfarkten in der Altergruppe 16 bis 29 sowie einen 83,6-prozentigen Anstieg der Herzinfarkte bei Frauen von 20 bis 29 Jahren. Die Studie sieht diesen Anstieg im Zusammenhang mit der Covid-Massenimpfung. (hes)

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)

30 000
25 000
20 000
15 000
10 000
5 000
0

0 10 20 30 40 50
Kalenderwoche

— 2017–2020 Median — 2017–2020 Durchschn. ■ 2017–2020 (min./max.) — 2021
-•- 2021 (darunter COVID-19)

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 09.08.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 05.08.2021)

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

DÄNEMARK HEBT CORONA-ZWANGSMASSNAHMEN AUF

Kopenhagen/DW. Am 1. Oktober sollen in Dänemark alle Corona-Maßnahmen fallen. Eine breite Mehrheit der Parteien hatte dafür gestimmt, berichten die *Lübecker Nachrichten*. Bereits für den 1. September plant das skandinavische Land weitläufige Lockerungen. Beim Besuch von Restaurants, Festivals oder bei körpernahen Dienstleistungen ist dann kein Nachweis mehr über eine Impfung, Genesung oder einen negativen Test nötig. Auch Clubs sollen wieder ohne Beschränkungen öffnen dürfen. Dänemark hatte als eines der ersten europäischen Länder schon im Frühjahr die Schulen und die Außengastronomie geöffnet. Anfang August fiel dann die Testpflicht für Schüler und Studenten. Die dänische Impfkampagne wird allerdings trotzdem knallhart durchgezogen. Erst kürzlich entschieden Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und die Regierung über eine Impfzulassung für zwölf- bis 15-Jährige und Schwangere. (rop)

UN-BERICHTERSTATTER FORDERT STELLUNGNAHME

Zur Polizeigewalt auf den verbotenen Berliner Demonstrationen der Corona-Maßnahmen-Gegner am 1. August 2021 ermittelt aktuell der UN-Sonderbeauftragte für Folter Nils Melzer. Der Schweizer Rechtsprofessor rief noch am selben Tag der Demonstration über seinen *Twitter*-Kanal dazu auf, ihm weiteres Material und Zeugenaussagen zu polizeilicher Gewalt gegenüber Demonstranten zukommen zu lassen. Laut Medienberichten fordert Melzer kommende Woche eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den dokumentierten Vorfällen. Diese hat dann 60 Tage Zeit zu reagieren. (nst)

IN ALLER KÜRZE GEMELDET

+++ Sieg für grundgesetztreuen Polizisten Karl Hilz: Volksbegehren zur Abberufung des bayerischen Landtages wird durchgeführt: Eintragung beginnt am 14. Oktober 2021. +++ Verfassungswidrige Ministerpräsidentenkonferenz hält an Inzidenzwert fest. +++ Inflation in Deutschland offiziell bei 3,8 Prozent, höchster Wert seit 1993. +++ Bundesland Sachsen hob Maskenpflicht auf und hatte zuletzt niedrigste Inzidenz (6,7). +++



Fortsetzung von Seite 1 | *von Jill Sandjaja und Nicolas Riedl*

DAS CORONA-SPRUNGBRETT

In seinem Werk »Chronik einer angekündigten Krise« skizziert Paul Schreyer den Pfad der Pandemie-Planspiele von 1999 bis 2019. Diese wirken aus heutiger Sicht wie eine lange Testphase für das Bedienen einer Mega-Maschine, die 2020 angeworfen wurde. Bereits in diesen Planspielen wurde über Impfzwänge immerzu laut nachgedacht. Für die am Tisch sitzende Pharmaindustrie wurde der Weg zu einem unerschöpflichen Geschäftsfeld geebnet.

Der erste wirklich große Impf-Coup in der BRD 2009 mit dem Schweine-Grippe-Impfstoff Pandemrix ging sichtlich daneben. Ein Großteil der nebenwirkungsreichen Stoffe musste mangels Nachfrage vernichtet werden. Ebenso 130 Millionen Euro Steuergelder. Zwischen 2017 und 2019 nahmen Entwicklungen ihren Lauf, die in der »neuen Normalität« retrospektiv betrachtet so wirken, als hätte man die oben beschriebene Pandemie-Maschine warmlaufen lassen. Nach dem Wahlsieg Donald Trumps Ende des Jahres 2016 nahmen die Planspiele — Stichwort »Clade X« — wieder an Fahrt auf. In der EU wurden bereits zwischen 2018 und 2019 die Pläne für einen Impfpass aufgesetzt. In einer Empfehlung des Ministerrates, veröffentlicht Ende 2018 im Journal der EU, wird der Gedanke aufgegriffen, die Einführung eines EU-Impfpasses auf ihre Durchführbarkeit hin zu überprüfen.

Im Dezember 2019 — und damit kurz vor Ausbruch der Plandemie — veröffentlichte die EU-Kommission einen Report des »Health Security Committee«, also des Gesundheitsschutzkommitees. Darin soll die Umsetzbarkeit einer Impfpass-Einführung abermals evaluiert werden. Im selben Jahr noch wurde die Einführung eines Impfpasses, im Original: »*vaccination card*«, bis 2022 im EU-Impf-Strategieplan festgeschrieben.

Fast zeitgleich wurde am 14. November 2019 das »Gesetz für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention« verabschiedet, welches dann am 1. März 2020 in Kraft trat. Mit diesem Gesetz wurde die verpflichtende Impfung von Kindern gegen Masern in Gesetz gegossen. Ein kleiner Vorgeschmack auf die Schrecken des Folgejahres. Und das obwohl bereits 2016 die Masern-Impfquote in Deutschland bei 97,1 Prozent und damit 2,1 Prozent über dem von der WHO festgelegten Mindestwert von 95 Prozent lag.

Was 2020 folgte, wurde im Demokratischen Widerstand über ein Jahr hinweg detailliert aufgeklärt. Im Frühjahr 2021 erklärten Politik und Medien einhellig, dass die Pandemie erst vorbei sei, wenn es für alle Menschen einen Impfstoff gäbe. Der PC-Rentner Bill Gates durfte auf allen großen Kanälen verkünden, dass es kein Zurück zur Normalität gäbe, bis ein undefiniertes »Wir« sieben Milliarden Menschen geimpft hätte. Ein *Fake*-Diskurs wurde losgetreten, der den Anschein zweier sich gegenüberstehender Positionen — Impfzwang oder kein Impfzwang — suggerieren sollte, obwohl das Ergebnis schon fest stand.

Die Halt- und Wertlosigkeit eines Politiker-Versprechens zeigte sich am deutlichsten anhand der Worte Michael Kretschmers, Ministerpräsident Sachsens (CDU). Dieser hatte noch am 5. Mai 2020 in der Kurznachrichtenblase Twitter verkündet:

»Niemand wird in Deutschland gegen seinen Willen geimpft. Auch die Behauptung, dass diejenigen, die sich nicht impfen lassen, ihre Grundrechte verlieren, ist absurd & bösartig. Lassen Sie uns Falschnachrichten & Verschwörungstheorien gemeinsam entgegentreten.« Darüber könnte man heute nur lachen, wenn es nicht so todernst wäre. Im Dezember 2020 schrieb Journalistendarsteller Nikolaus Blome im Spiegel:

»Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich um gesellschaftliche Nachteile für all jene ersuchen, die freiwillig auf eine Impfung verzichten. Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen.«

In diesen Chor stimmte Peter Heinz, der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung in Rheinland-Pfalz ein und forderte Freiheitseinschränkungen für Ungeimpfte. Der Pharmalobbyist und Bankkaufmann im Amt des Gesundheitsministers, Jens Spahn (CDU) bezeichnete das Impfen als »patriotischen Akt«. Wo bleiben bei derlei Rhetorik nur die Anti-Deutschen?

Jedenfalls: Diese Volkskörper-Rhetorik zeitigt ihre Wirkung. Am 14. April 2021 beschloss die EU die Einführung eines digitalen Impfpasses für Geimpfte, Genesene und Getestete. Mittlerweile ist dieser sogenannte »Grüne Pass« in den 27 EU-Mitgliedsstaaten, Island, Liechtenstein, Norwegen, San Marino, Schweiz und dem Vatikan erhältlich. Allen Ländern voran führte Israel den »Grünen Pass« bereits am 21. Februar 2021 ein. In Italien wurde er am 7. August 2021 für den Besuch von Gastronomie, Kinos und Museen zur Pflicht.

Wer im Herbst nicht zu den 3G- oder 2Gs (Geimpft, Getestet, Genesen) gehört, sonder nur g, also gesund ist, muss wie ein Hund draußen bleiben. Ausgeschlossen vom gesellschaftlichen Leben. Ja, vielleicht sogar bald ausgeschlossen von der Grundversorgung. Oder frei nach Franz Müntefering: »Wer sich nicht impft, soll auch nicht essen.«

EPILOG

In der Vergangenheit hat es die herrschende Clique immer wieder versucht, Tier-zu-Mensch-Seuchen für sich auszunutzen und ihre Macht auszubauen. Doch die Menschheit überlebte. Sie überlebte den *gehypten* Rinderwahn, die Vogelgrippe-PR. Spätestens seit der Lüge der Schweinegrippe mit den einhergehenden gefährlichen Impfstoffen — Stichwort »Narkolepsie«—, weiß jeder Mensch, dass die Pharmaindustrie und ihre Handlanger, die korrupten Politiker, nur auf der Suche nach einem passenden Moment waren, um das Volk auszubeuten, zu erniedrigen, zu kontrollieren, zu überwachen und abhängig zu machen. Dies ist keine Theorie mehr, sondern längst eine grauenvolle Praxis. Bis wir es mit vereinten Kräften beenden.

»DW weist auf Petition hin: https://www.openpetition.de/petition/online/haende-weg-von-unseren-kindern #HändeWegVonUnserenKindern

CHRONIK DER *FAKE*-PANDEMIEN

19. April 2009:	Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft die Schweinegrippe als Pandemie ein.
1. Oktober 2009:	Zulassung des Schweinegrippe-Impfstoffs Pandemrix durch EU-Kommission. Insgesamt werden fünf verschiedene Impfstoffe zugelassen.
2. Oktober 2009:	Die ständige Impfkommission (STIKO) empfiehlt die Schweinegrippe-Impfung.
9. Oktober 2009:	Wolf-Dieter Ludwig, Onkologe und Vorsitzender der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft: »Die Gesundheitsbehörden sind auf eine Kampagne der Pharmakonzerne hereingefallen, die mit einer vermeintlichen Bedrohung schlichtweg Geld verdienen wollten.«
26. Oktober 2009:	Impfkampagne für die Schweinegrippen-Impfung in Deutschland beginnt.
26. Januar 2010:	Dr. Wolfgang Wodarg kritisiert im Europarat, dass die WHO die Definition einer Pandemie im Mai 2009 geändert hat. Er warnt vor Massenimpfungen mit Impfstoffen, die unzureichend getestet wurden.
10. August 2010:	Die WHO erklärt die Schweinegrippen-Pandemie für beendet.
18. August 2010:	Die schwedische Arzneimittelbehörde (MPA) meldet erstmals Fälle einer Narkolepsie bei Kindern und Jugendlichen nach Pandemrix-Impfung.
10. März 2020:	Wodarg kritisiert Corona-Verbote in einem *ZDF*-Beitrag als »Panikmache«.
11. März 2020:	Die WHO stuft den Sars-Cov-2 als Pandemie ein.
23. März 2020:	Erster *Lockdown* tritt in Kraft.
28. März 2020:	Das »Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« tritt in Kraft. (Ermächtigungsgesetz)
21. Dezember 2020:	Der Impfstoff von Biontech/Pfizer erhält bedingte Zulassung in der EU.
26. Dezember 2020:	Erste Corona-Impfung in Deutschland. Eine 101-jährige Seniorin wird geimpft.
27. Dezember 2020:	Bundesweite und EU-weite Impfungen starten mithilfe der Bundeswehr und mit Polizeischutz.
14. April 2021:	Die EU beschließt die Einführung eines digitalen Impfpasses für Geimpfte, Genesene und Getestete.
6. Mai 2021:	Der Bundestag beschließt Freiheiten für Geimpfte und Genesene: Sie dürfen ohne Testung Läden betreten, sich uneingeschränkt treffen und zählen bei Treffen mit anderen Personen nicht dazu. Nächtliche Ausgangssperre und Quarantäne entfallen für sie. Maskenpflicht bleibt bestehen.
18. Mai 2021:	Die EU beschließt ein Milliarden-Paket für die afrikanische Wirtschaft und fördert den Bau von Impfstofffabriken in Afrika.
27. Mai 2021:	Impfgipfel von Bund und Ländern: Zwölf bis 15-Jährige dürfen ab dem 7. Juni 2021 geimpft werden. Bundesweiter Feldtest mit digitalem Impfpass startet.
28. Mai 2021:	Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) empfiehlt, die bedingte Zulassung des BioNtech/Pfizer-Impfstoffs auf zwölf bis 15-Jährige auszuweiten.
31. Mai 2021:	EU-Kommission erteilt bedingte Zulassung des Biontech/Pfizer-Impfstoffs für Kinder ab zwölf Jahren.
14. Juni 2021:	Der digitale Impfnachweis wird umgesetzt. Apotheker und Ärzte geben QR-Codes für Geimpfte aus. Dafür erhalten sie bis zu 18€ Vergütung. Die Ausgaben belaufen sich auf insgesamt rund 50.000.000 Euro Steuergelder.
1. Juli 2021:	Digitaler EU-Impfausweis wird eingeführt.
4. August 2021:	Strategiepapier vom Gesundheitsausschuss sieht vor: Maskenpflicht bis 2022. Kostenlose Tests ab Mitte Oktober nur noch für Ungeimpfte, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können. Ausschluss von Ungeimpften von Veranstaltungen und Restaurants.



»Frieden, Freiheit, keine Diktatur!« Hunderttausende Demonstranten erkämpften am 1. August 2021 ihre Stadt zurück. *Foto: Jill Sandjaja*

NEUSTART VON UNTEN

Unser Widerstand ist objektiv gesehen aktuell ein Abwehrkampf gegen die totalitäre und menschenfeindliche Offensive des Großkapitals. Dennoch ist es wichtig, auch positive Alternativen zu den Plänen der Globalisten zu entwickeln. | Von Eric Angerer

Der weltweite Kapitalismus war schon vor der »Pandemie« auf dem Weg in die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Herrschenden haben entsprechende Strategien entwickelt. Ein mit einer »Pandemie« legitimiertes globales Notstandsregime soll eine Marktbereinigung durch Kapitalvernichtung, einen durchschlagenden Angriff auf die Arbeiterklasse und eine Enteignung der Mittelschichten durchsetzen.

DIE AGENDA DER GLOBALISTEN

Auf dieser Grundlage wollen die dominanten globalistischen Kapitalgruppen zu einem neuen Akkumulationszyklus kommen, der sich auf eine »Vierte industrielle Revolution« stützen soll. Zusammengefasst und vorangetrieben werden diese Konzepte vom WEF (World Economic Forum) unter der Führung von Klaus Schwab. Fortschritte in den Bereichen der Medizin/Genetik/Biologie (DNA-Sequenzierung, Neurotechnologie, *Bioprinting*, Gentechnik, intelligente Zellfabriken, Impftechnologie), der Technik (Robotik, künstliche Intelligenz, 3D-Druck, Drohnen, *Chat-Bots*, 5G, Quantencomputer, Gesichtserkennungssoftware) und der Ökonomie (*On-Demand-Economy*, digitale Plattformen) sollen zu einer Verschmelzung von biologischer und digitaler Identität und gentechnischer Manipulation von Menschen führen. Digitale ID, Designer-Babys, die Implantierung von künstlicher Erinnerung ins Gehirn, »intelligente Tätowierungen« und »biologisches *Computing*« würde die neuen Techniken zu einem »Teil von uns selbst« machen. Durch massive Kapitalvernichtung soll den überlebenden Kapitalgruppen ein neuer *Boom* beschert werden. Diejenigen, die hinter Schwabs Konzepten stehen, also *Big Tech, Big Pharma,* die Bio- und Neurotechnologie, der deregulierte Finanzsektor, Investoren wie Blackrock oder George Soros, Profiteure wie Amazon, diverse Milliardärsstiftungen sowie der vorgebliche »Nachhaltigkeitssektor«, warten bereits in den Startlöchern. Der *Great Reset* wird ein Konzept der staatlichen Regulierung zur Kapitalkonzentration sein. Die Zurückweisung der globalistischen Pläne sollte aber nicht dazu führen, die Lage bis 2020 zu beschönigen. Offenkundig war die Welt auch vor dem aktuellen Großangriff des Großkapitals schon alles andere als gut. Eine Freiheitsbewegung gegen den totalitären Globalismus muss sich andere Ziele setzen als die Rückkehr zu diesem »kleineren Übel«.

FORTSCHRITTSFEINDLICHKEIT?

Was die »Vierte industrielle Revolution« und die Möglichkeiten transhumanistischer Verschmelzung von biologischer und digitaler Identität betrifft, ist eine differenzierte Position notwendig – weder eine blinde Fortschrittsgläubigkeit noch eine grundsätzliche Ablehnung sämtlicher Entwicklungen.

Marx und Engels wandten sich gegen die so genannten »Maschinenstürmer«, gegen die Zerstörung von Maschinen, und sahen darin eine sinnlose Fortschrittsfeindlichkeit. Dazu ist erstens zu sagen, dass verschiedene neuere historische Forschungen zeigen, dass die Zertrümmerung von Maschinen durch protestierende Arbeiter in England und Deutschland in der Regel nicht durch irrationale Technikfeindlichkeit motiviert war. Vielmehr war es ein Druckmittel, um Forderungen nach besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen durchzusetzen und gleichzeitig den Einsatz von Streikbrechern zu verhindern. Und zweitens schrieben Marx und Engels im 19. Jahrhundert, als die kapitalistische Entwicklung überwiegend – wenn auch mit negativen Begleiterscheinungen – ein historischer Fortschritt war. Wenn man Lenin und seiner Schrift zum Imperialismus oder später Ernest Mandel folgt, dominiert seit dem 20. Jahrhundert der zerstörerische Charakter des Kapitalismus. Es gibt zwar weiterhin auch technische und medizinische Fortschritte, die partiell den Menschen nutzen, die negativen Folgen überwiegen aber.

SELBSTBESTIMMT IN DIE ZUKUNFT

In der Konsequenz sind auch verschiedenste Möglichkeiten einer Vierten Industriellen Revolution – von der gentechnischen Veränderung von Menschen über künstliche Intelligenz bis zu Impf- und Überwachungstechnologie – unter der Kontrolle der großen Konzerne und einer kapitalistischen »Elite« von Superreichen ein Alptraum. Hier geht es um Profit und die Beherrschung der Menschen. Deshalb müssen die entsprechenden Vorstöße der Globalisten im Zuge des *Great Reset* von der Freiheitsbewegung bekämpft werden. In einer wirklich freien Gesellschaft sollten die genannten technischen Möglichkeiten, ihre Chancen und Gefahren ausführlich diskutiert, und von den Menschen demokratisch entschieden werden.

Dafür muss aber zuerst die ökonomische und politische Macht der Globalisten gebrochen werden. Eckpunkte dafür sind die Enteignung der Großkonzerne und die massive Ausweitung direkter Demokratie.



Eric Angerer ist studierter Historiker und politischer Aktivist in Österreich.



FREISPRUCH FÜR WOLFGANG GREULICH!

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

In einem wegweisenden Urteil vom 5. August 2021 in Garmisch-Partenkirchen wurde der Aktivist Wolfgang Greulich in einem Strafverfahren von dem Vorwurf freigesprochen, bei einer Demonstration gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben.

Greulich hatte im Rahmen der Corona-Info-Tour in Murnau am 17. November 2020 als Versammlungsleiter die Teilnehmer dazu aufgefordert, als Zeichen des Widerstands die Masken abzunehmen. Das Gericht hatte im Vorfeld bereits angeregt, das Verfahren einzustellen, allerdings ohne Übernahme der Anwaltskosten seines Verteidigers Friedemann Däblitz. Greulich blieb standhaft und erzwang einen Freispruch. Zum zweiten Verhandlungstag am 5. August 2021 wurde der renommierte Aerosol-Forscher Gerhard Scheuch als Sachverständiger zu der Frage geladen, ob bei einer Demonstration unter freiem Himmel eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben besteht, wenn keine Masken getragen werden.

Scheuch verneinte dies klar und deutlich. Schon die Gefahr, einen Infizierten zu treffen, sei sehr gering. Selbst wenn man einen Infizierten unter freiem Himmel treffen würde, so wäre die Gefahr einer Ansteckung immer noch sehr, sehr gering. Die objektive Bedingung der Strafbarkeit – unmittelbare Gefahr für Leib und Leben – war zur Überzeugung des Gerichts damit nicht erfüllt, weshalb Greulich freigesprochen wurde. Das Urteil ist ein Meilenstein, da es damit künftig schwierig werden dürfte, die Maskenpflicht auf Versammlungen unter freiem Himmel aufrechtzuerhalten. Man müsse jetzt abwarten, wie die Verwaltungsgerichte mit der Entscheidung umgehen. Scheuch wurde in einem anderen Verfahren bereits vom Bundesverfassungsgericht als Sachverständiger geladen. Auch dort könnten seine Erkenntnisse in einem Hauptsacheverfahren endlich die Wende in der Frage der Maskenpflicht im Freien bringen.

Es dürfte die Argumentationsgrundlage für sämtliche Ordnungswidrigkeits- und Strafverfahren wegen Verstößen gegen die Maskenpflicht auf Versammlungen entscheidend verändern. Versammlungsverbote für die Freiheitsbewegung werden wesentlich schwieriger durchsetzbar sein. Gleiches gilt für Auflösungen von Versammlungen wegen Verstößen gegen die Maskenpflicht.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf nichtohneuns.de oder demokratischer-kalender.de!

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

DEZENTRAL, ENTSCHLOSSEN, WENDIG

Von Hendrik Sodenkamp

Die Vorbereitungen für die nächste Großdemo laufen. Am 28. und 29. August sollen wieder Hunderttausende in die Hauptstadt kommen, wie im vergangenen Jahr und zuletzt am 1. August 2021. Das Ziel: Der Rücktritt der Regierung Merkel und das Ende des Krieges gegen die Bevölkerung unter dem Zeichen der Corona-Plandemie.

Am 1. August 2021 hatte die Demokratiebewegung es geschafft, trotz der verfassungsbrüchigen Verhinderungspolitik der Regierung zu demonstrieren. Daran wird angeknüpft: Mittlerweile wurden für das letzte August-Wochenende rund 57 Versammlungen im Berliner Stadtgebiet angemeldet. Sollten diese wieder verboten werden, dann koordinieren sich die Gruppen über Telegram und Funk. Es soll in jedem Fall einen gemeinsamen Start- und Endpunkt geben.

Im Stadtgebiet steht eine große Anzahl an Fahrzeugverleihern bereit: ob Autos, Fahrräder, Elektroroller oder Skateboards. Aus der vergangenen Demo am 1. August wurde gelernt. Damals brach am frühen Nachmittag die Kommunikation unter den Demozügen ab, so dass es nicht mehr möglich war, einen gemeinsamen Schlusspunkt zu finden.

Die Briten und Franzosen machen es vor: Nur wenn wir nicht mehr verschwinden, haben wir eine Chance. Die Demokratiebewegung plant einmal im Monat in Berlin bei einer Großdemonstration zusammenzukommen — bis das Regime entmachtet ist.

Ein erster Telegram-Kanal für die Koordinierung ist: t.me/aufzug28082021

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

14.08.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz/Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
14.08.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung - Friedlich für Wahrheit, Freiheit!
14.08.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
14.08.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
14.08.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
14.08.2021 13:15-16 Uhr	Hamburg, Reeperbahn	Autokorso für Grundrechte
14.08.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
14.08.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
14.08.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo, Frieden, Freiheit, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung
14.08.2021 15-17 Uhr (jeden Sa (außer bei Großdemos))	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
14.08.2021 15-18 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Mediziner und Wissenschaftler klären auf
14.08.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
14.08.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
14.08.2021 16-19 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung - Immunität, Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit
14.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
14.08.2021 15-19:30 Uhr	Düsseldorf, Burgplatz	Kundgebung - Frieden, Freiheit, Wahrheit & Selbstbestimmung
15.08.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
15.08.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
15.08.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
15.08.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkorso für Grundrechte (bei Regen Autokorso TP: Viehmarkt)
15.08.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
16.08.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
16.08.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
16.08.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
16.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
16.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
16.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
16.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
16.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm, 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
16.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
16.08.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
16.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
16.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte & Beendigung des Lockdowns
16.08.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang - Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung
16.08.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
16.08.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
16.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
16.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
16.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
16.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
16.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Rathaus - Bernauer/Geigelsteinstr.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
17.08.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
17.08.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz (Mittelstreifen Schloßstr.)	Schilderaktion
17.08.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
17.08.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
17.08.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
18.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
18.08.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
18.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
19.08.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
19.08.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
19.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Do)	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Mahnwache
19.08.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
19.08.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
19.08.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
20.08.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
20.08.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
20.08.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
20.08.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Freiheitspicknick
20.08.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Ort siehe online	Autokorso Berlin Ost
21.08.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
22.08.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
23.08.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
27.08.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
27.08.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
04.09.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
05.09.2021 14-15:30 Uhr (jeden 1. So im Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache für Julian Assange
11.09.2021 10-23:59 Uhr	Brussels, To be announced	European Demonstration for Freedom and Democracy
09.10.2021 10-23:59 Uhr	Dresden, Ort folgt	Studentendemo, Präsenzlehre, Freiheit & Aufhebung Maßnahmen

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



Die Demokratiebewegung kämpft gegen die massiven Kinderrechtsverletzungen unter dem Coronaregime. *Foto: Hannes Henkelmannn*

Eine traumatisierte Generation wächst heran

In den Schulen Deutschlands werden Kinder systematisch tyrannisiert und zu autoritätshörigen Untertanen ausgebildet. | Von Gerda Thiele

Maskenpflicht, Testpflicht und demnächst auch noch Impfpflicht? Kinder, die davon verschont bleiben sollen, oder Jugendliche, die kein Teil des Corona-Kults sein möchten, haben bald wohl keine Möglichkeit mehr, Bildung in staatlich anerkannten Einrichtungen zu genießen. Auch Schulen, die versuchen, einen anderen Weg einzuschlagen, müssen sich nach und nach dem Hygieneregime beugen.

So auch meine Schule, die zunächst zwar ein alternatives Hygienekonzept ausarbeitete, sodass es uns Schülern möglich blieb, im Unterricht frei zu atmen. In diesem restriktiven Klima sehr lobenswert. Doch nach und nach nahm auch dort der Druck zu: Als uns die regelmäßige Testpflicht aufgedrückt wurde, war für mich die rote Linie überschritten. Somit wurde ich vom Präsenzunterricht ausgeschlossen — für mich ein Bruch mit unserem zivilisatorischen Selbstverständnis von Freiheit und Bildung. Wie konnten wir so schnell an diesen Punkt gelangen? Für Schulpflichtige entsteht hier ein schwer zu lösendes Problem: Man darf in die Schule, aber man muss sich gehorsam verhalten und die krankmachenden Maßnahmen ertragen. Junge Menschen, die merken, dass etwas gewaltig falsch läuft und die sich dagegen wehren, haben es schwer. Der soziale Druck – die Angst, ausgeschlossen zu werden – ist enorm. Stress zu Hause und Perspektivlosigkeit lösen bei vielen Schülern Depressionen aus.

DER STAATLICHEN WILLKÜR AUSGELIEFERT

In meinem letzten Schuljahr (13. Klasse) konnte ich eine rasante Entwicklung erkennen. Anfangs waren es »nur« die Masken, mit denen jegliche Individualität aus den Gesichtern der Lehrer und Schüler genommen wurde. Mal waren sie bis zum Sitzplatz zu tragen, mal nur in den Gängen, aber ganz weg blieben sie nie. Dann kam die Quarantäne und der nur mehr schlecht als recht funktionierende *Online*-Unterricht. Dann wieder Präsenz-Unterricht mit Maulkorb. So ging es dann immer weiter, bis schließlich die Testpflicht an Schulen eingeführt wurde, im Prinzip eine Kontrolle des Gehorsams, denn medizinisch gesehen sind die Tests nicht brauchbar. An diesem Punkt war für mich klar, dass ohne entschiedenen Widerstand, die Willkür nur zunehmen würde. Durch etwas Protest erreichte ich dann zumindest, dass ich von zu Hause — ungetestet und mit Unterrichtsmaterial versorgt — arbeiten konnte.

Während es in allen Bereichen des öffentlichen Lebens hin und wieder Lockerungen gab, müssen Schüler und Studenten sich weiter schikanieren lassen. Trotz vieler Hürden sind einige Initiativen entstanden, die alternative Wege erarbeiten wollen. Dies erfordert viel Mut und Durchhaltevermögen, ist aber dringend erforderlich, um die Jungen vor schwerwiegenden Folgen wie Traumata, Verhaltensstörungen und Ohnmachtsgefühlen zu bewahren. Darüber hinaus steht die Bildung der nächsten Generation auf dem Spiel. Da wir von der Politik keine Besserung erwarten können, müssen wir uns selbst organisieren und unabhängiger von dem staatlichen System werden. Eine Möglichkeit wäre, dass sich Eltern zusammentun und die Ausbildung ihrer Kinder in freier Gestaltung in die eigene Hand nehmen.


Gerda Thiele hat kürzlich ihren Schulabschluss erlangt und ist nun Redaktionspraktikantin beim DW.

MELDUNG

STURM AUF DIE *BBC*

London/DW. Am 9. August versuchten Hunderte Demonstranten gegen die Corona-Maßnahmen, die *BBC*-Zentrale in London zu stürmen. Die Protestierenden kritisieren die regierungskonforme Berichterstattung der Rundfunkanstalt. Als öffentlich-rechtliches Medium sollte sie über die Anliegen der Bürger berichten. Nur durch die Polizei konnte die wachsende Menge am Eindringen gehindert werden. Es gab keine Verhaftungen. (rop).

DIETMAR LUCAS SUCHT WAHLKÄMPFER

DW/Berlin. Der Kandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus der Partei Die Basis, Dietmar Lucas, erläuterte dieser Zeitung am Mittwoch bei einem überraschenden Redaktionsbesuch: »5.000 bis 6.000 Stimmen könnten reichen, die Chancen sind realistisch!« Lucas tritt im Wahlkreis III Hellersdorf-Großsiedlung für die Wahl zum Berliner Landesparlament an.

Sollte Lucas das Direktmandat erringen, zöge die Partei Die Basis in Gruppenstärke ins Parlament. Im Gespräch mit dem DW wies Lucas darauf hin, dass noch Wahlkampfspenden in Höhe von 20.000 Euro für den täglich massiven Wahlkampf und sein Team fehlten (*dietmar-lucas.de*).

Die Berliner Wahllokale werden am 26. September 2021 geöffnet sein, Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl finden am selben Tag statt. Briefwahlunterlagen können bereits angefordert und abgeschickt werden. Bei der Berlinwahl 2017 hatte sich eine knappe Parlamentsmehrheit für SPD, Partei Die Linke und Bündnisgrüne ergeben (»R2G«). In der Folge waren fast alle parteiunabhängigen Sozialeinrichtungen in der Stadt durch R2G geräumt worden. Die Berliner S-Bahn soll demnächst privatisiert werden. (ale)

Andere Länder, andere Corona-Sitten

Der rasende Reporter Clark Kent sendet ein Zeichen der Stärke durch Europa.

Momentan toure ich durch Italien, einmal runter bis nach Sizilien, dann wieder hoch. Durch das Helfa-Projekt, das jetzt international vernetzt ist, haben wir einen größeren Einblick in die Geschehnisse in verschiedenen Ländern.

Nehmen wir beispielsweise Uganda. Ein Land, von dem man hierzulande nicht viel hört. Dort tragen die Menschen Maske, oder auch nicht. Offiziell soll an einigen Orten Maske getragen werden. Vielen ist das aber nicht so wichtig, denn, wie die Einwohner selbst behaupten, sei ein Menschenleben in dem Land nur zehn Dollar Wert. Die Menschen können zum Großteil nicht lesen und schreiben und erleiden oft den Hungertod. Szenenwechsel: In Albanien interessiert es niemanden, ob du mit oder ohne Maske unterwegs bist. Dort herrscht ein starker familiärer Zusammenhalt. Ebenso in Algerien. Eine Großfamilie zählt dort nicht selten 300 Personen. Durch diesen natürlichen Zusammenhalt interessieren sie sich herzlich wenig für die Politik außerhalb ihrer privaten Sphäre. Probleme werden unter sich in Familienversammlungen geklärt.

Bei uns — in der »zivilisierten Gesellschaft« — funktioniert es ganz anders. Am Montag beispielsweise hat sich unser Team getroffen, um über das Projekt zu sprechen. Irgendwann habe ich mit den Kollegen etwas lauter gesprochen und erzählt, was denn so in anderen Ländern passiert. Passanten haben das mitbekommen und die Polizei gerufen. Der Polizist wollte sofort wissen, ob ich das Wort »impfen« benutzt hätte. Weder der Kontext interessierte ihn, noch kam irgendeine Art von Toleranz zum Vorschein. Ich bin bei der Polizei bekannt, so dass sie davon ausgegangen sind, dass ich eine »Anti-Corona« Veranstaltung abgehalten hätte.

Da ist dann noch der achtminütige Bericht des *ARD*, in dem sie Querdenken als Miliz darstellen, die in Ahrweiler trainiert hätte, um demnächst zuzuschlagen. Auch Bodo Schiffmann wurde so falsch zitiert und zusammengeschnitten, dass es nur mit Bösartigkeit erklärt werden kann. Das ist schlichtweg hinterlistig. Die Opfer in Ahrweiler werden zum Spielball der Staatspropaganda.

Alle Länder, die ich aufgezählt habe, blicken auf, wenn sie »Deutschland« hören. Sie denken, dass Deutschland das Land sein wird, dass sie retten wird. Die Realität sieht wie immer etwas anders aus. Wir steuern unmittelbar in eine Diktatur hinein, in der man darauf achten muss, was gesagt und gedacht werden darf. Wenn wir nicht aufpassen, werden wir wieder die Geschichte wiederholen — nur diesmal werden wir unser Gesicht komplett verlieren.

Die Landwirtschaft ist ein weites Feld

Oder: Der Begriff »Bauernopfer« hat eine neue Dimension bekommen. | Von Hannes Henkelmann

Heute bin ich ganz hoch im Norden in Schleswig-Holstein, genauer in Langballig, Ortsteil Freienwillen. Dort spreche ich mit Herrn Hansen über Klischees und die Realität, über die Politik, die Flut und über eine mögliche Maskenpflicht für Kühe.



Sven Hansen aus Schleswig-Holstein fordert mehr politische Mitbestimmung und mehr Anerkennung für deutsche Bauern. *Foto: Hannes Henkelmann*

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor.
Mein Name ist Sven Hansen, ich bin 52 Jahre alt und von Beruf Bauer. Nach landwirtschaftlicher Ausbildung und Studium habe ich den elterlichen Hof in vierter Generation übernommen.

Obwohl Sie Diplom-Agraringenieur sind, möchten Sie Bauer genannt werden. Warum?
Bauer ist man, wenn man einen eigenen Hof hat und diesen voller Überzeugung und mit Herzblut führt.

Wir haben uns in Berlin auf der Mahnwache der Bauern kennengelernt. Wie lautet Ihr Fazit nach ganzen 60 Tagen des Protests?
Ich war berührt von der Mahnwache im November 2019. Die positive Energie, die dort herrschte, dieser Zusammenhalt untereinander, da kamen mir die Tränen. Von der Politik wurden wir allerdings abgeschmettert. Und in den Medien fand der Protest auch nicht statt.

Was fordern Sie von der Politik?
Ich fordere das Einbeziehen der Bauern in die Entscheidungsfindung. Entscheidungen sollten nicht nur von Fachgremien und Theoretikern getroffen werden. Es ist immer schwierig, wenn Politik in die Märkte eingreift, aber ich glaube, dass die Landwirtschaft zur Versorgung das eigenen Landes geschützt werden muss, damit wir nicht komplett in die Abhängigkeit von Importen geraten. Es muss ein besserer Dialog zur Landwirtschaft gefunden werden. Wir sind dafür verantwortlich, dass 83 Millionen Bundesbürger täglich durch unsere Produkte satt werden können, ob sie nun Veganer, Vegetarier oder Allesesser sind. Nahrung ist übrigens bei uns in Hülle und Fülle vorhanden. Sie wird nur zu günstig angeboten. Oft kostet das Kilo Fleisch nur 4,99 Euro. Die Discounter haben die Macht. Wir könnten eigentlich 60 statt 20 Euro für den Doppelzentner Weizen verlangen, wenn man den Preis, inflationsbedingt seit 1978, bereinigen würde. Nur würde uns diese Summe niemand zahlen.

Gibt es weitere Forderungen an die Politik?
Da wir keine Lobby in Berlin haben, ist kein politischer Einfluss vorhanden. Ich habe das Gefühl, dass wir dem Wohl der Gesellschaft geopfert werden. Der Begriff Bauernopfer hat für mich inzwischen eine neue Dimension bekommen.

Gibt es Vorurteile, die Sie ärgern?
Der Bezug zwischen Bevölkerung und Bauern ist verloren gegangen. In der Öffentlichkeit wird das Klischee vom dummen Bauern bedient. Beispiel: *Bauer sucht Frau*. Oder man wird als Giftspritzer, Tierquäler, Insektenmörder und so weiter dargestellt. Diese fehlende Wertschätzung nimmt mir die Motivation für meinen Beruf. Wer noch sein eigenes Gemüse anbaut, selbst schlachtet, weiß, wie ein Ei auf die Welt kommt. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika ist vorurteilsbehaftet, unterliegt hier aber den strengsten Kontrollen weltweit.

Was sagen Sie zum Einsatz der Bauern bei der Flutkatastrophe?
Viele meiner Kollegen sind einfach losgefahren, um zu helfen. Ohne auf eine staatliche Genehmigung zu warten. Ihre Hilfe wurde von der Bevölkerung vor Ort – anders als vom *Mainstream* – mit großer Dankbarkeit goutiert. Auch der Mittelstand hat in der Hochwasserregion einfach mit angepackt, ohne Krisenstab, ohne staatliche Organisation. Auffällig ist, dass hier Corona samt Maskenpflicht keine große Rolle mehr spielte. Die Hilfe stand im Vordergrund. Gott sei Dank.

Hat Ihr Betrieb unter den Corona-Maßnahmen zu leiden?
Die Regeln haben auf unsere alltäglichen Arbeiten aktuell keinen Einfluss. Es sei denn, der Schlachthof steht unter Quarantäne, dann können wir unter Umständen kein Schlachtvieh anliefern.

Frau Reschke vom *NDR* brachte ernsthaft eine Maskenpflicht für Kühe ins Gespräch! Für das Klima, nicht gegen Corona, wohlgemerkt. Ihre Meinung dazu, Herr Hansen.
Wie soll man einem Tier beibringen, eine Maske zu tragen, um den Methan-Ausstoß zu verringern?! Hier sieht man, wie weit einige Medien von der Praxis entfernt sind.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

IMPFDIKTATUR

Auch bei uns in Crailsheim ist es ganz schlimm mit der Impfdiktatur. Sogar ein Religionslehrer wird angefeindet, weil er da nicht mitmacht. Hoffentlich gibt es auch mal wieder in kleinen Städten Demos.
– Markus B.

ZITAT FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

»In Zeiten der Gleichheit, ist jeder Einzelne von Natur isoliert; er hat keine angeborenen Freunde, deren Hilfe er fordern könnte, keine Klasse, deren Zuneigung ihm sicher wäre; man übergeht ihn leicht und tritt ihn ungestraft mit Füßen. Heutzutage hat ein Bürger, den man unterdrückt, daher nur ein Verteidigungsmittel; er muss an die gesamte Nation appellieren, und wenn die ihn nicht hört, an die Menschheit; dazu gibt es nur ein Mittel, die Presse. Daher ist die Pressefreiheit bei den demokratischen Nationen ungleich kostbarer als bei allen anderen; sie allein heilt die Mehrzahl der Übel, die die Gleichheit hervorbringen kann.« (Alexis de Tocquille. Über die Demokratie in Amerika, Reclam).
Mit diesem Zitat wird die einzigartige Bedeutung unabhängiger Medien, zu denen Ihre Zeitung gehört, unterstrichen.
– Renate H.

KRANK NACH IMPFUNG

Sie sollten unbedingt einmal einen Artikel über die Kinderimpfung bringen! Nachdem viele Firmen bis zur Insolvenz getrieben wurden, will man jetzt auch noch Familien zerstören, wenn ein Partner für und der andere gegen die Impfung der Kinder ist. Es wird viele Trennungen und Scheidungen geben. Auch meine zwei Kinder haben den Kontakt völlig abgebrochen, da ich mich nicht impfen lasse. Eine Nachbarin ist mehrere Wochen nach der Impfung immer noch krank (hat Schweißausbrüche, Schmerzen ...).

Ich selbst hatte Corona und nach drei Tagen Quarantäne, im Wald an der frischen Luft, war ich gesund. Es gibt circa fünf bis sechs Millionen Genesene, aber für alle, die nicht im Krankenhaus waren, gibt es keine Bescheinigung.
– Wolfgang S.

MORGEN IST ES ZU SPÄT

Die Spekulationen über ein baldiges Blackout verdichten sich. Ist Deutschland gewappnet für ein derartiges Katastrophenszenario? | Von Hermann Ploppa

Stellen Sie sich einfach mal vor, was passieren wird, wenn mal so richtig der Strom in unserem Land ausfällt. Einmal habe ich einen richtigen Stromausfall von einer Woche miterlebt. Das war bei der legendären Schneekatastrophe zum Jahreswechsel 1978 auf 1979. Ich war zu Besuch bei meinen Eltern im schnuckeligen Reetdachhäuschen an der dänischen Grenze. Wenn der Strom ausfällt, wird es tatsächlich sehr schnell sehr elementar. Gas zum Heizen ist genug vorhanden — aber die elektronische Steuerung ist weg. Und es war damals arschkalt. Wir hatten noch einen Gasherd. So konnten wir mit einem Flämmchen eine gewisse Basiswärme von etwa fünf Grad halten. Das Gasflämmchen schluckte aber so nach und nach den gesamten Sauerstoff im Raum.



Van Goghs Kartoffelesser im Stromausfall: Die Gesellschaft ist nicht vorbereitet. *Collage: Jill Sandjaja*

Aber wir hatten es noch gut. Erstens war ja damals noch nicht alles und jedes elektronisch gesteuert, vieles lief noch mechanisch. Heute ist ein totaler Stromausfall, der länger als zwei Tage dauert, gar nicht mehr kuschelig. Darauf haben diverse Studien in Deutschland und Österreich unmissverständlich aufmerksam gemacht. Und der österreichische Autor Marc Elsberg hat dazu sogar den Romanthriller »Blackout — Morgen ist es zu spät« geschrieben, der zum Millionenbestseller aufgestiegen ist. Resümee all dieser Studien: Zwei Wochen ununterbrochener Stromausfall katapultiert uns zurück in das Mittelalter — vier Wochen Blackout, und wir befinden uns in der Steinzeit. Es hängt ja alles am Internet. Wenn das dann zusammenbricht, brechen auch alle elementaren Lebensfunktionen in sich zusammen. Rein zufällig hat das World Economic Forum gerade diese Situation in seinem virtuellen Manöver *Cyber Polygon* durchgespielt. Der Wirtschaftsjournalist Ernst Wolff schließt nicht aus, dass beim Wiederhochfahren des Internets das Bargeld und das Finanzsystem, wie wir es bislang kannten, abgeschafft sein könnten, und wir uns in einer reglementierten virtuellen neuen Finanzlandschaft wiederfinden.

Ganz auszuschließen ist das leider nicht. Gehen wir aber mal einen Schritt zurück. Wenn der Strom ausfällt, streiken die Verkehrsleitsysteme. Es käme dann zu Massenkarambolagen. Sie können Ihr Handy nicht mehr aufladen. Die Server für das Telefonieren sind auch tot. Sie haben noch Sprit für ein Notstromaggregat? Gehen Sie sparsam damit um. Denn tanken können Sie nicht mehr. Die Zapfsäulen laufen auf Strom, und Handpumpen sind nicht vorgesehen. Lebensmittel einkaufen? Wie das denn? Alles ist klimatisiert und vergammelt ohne Kühlung. Es gibt Notvorräte des Bundes. Die reichen für zehn Tage. Bevorratung im großen Stil ist in Zeiten der eng getakteten Lieferketten Schnee von gestern. Nach zwei Wochen gehen auch die Spritvorräte der Notstromaggregate der Krankenhäuser zur Neige. Ihre Solarzellen nützen Ihnen auch nichts, denn Sie sind ja per Gesetz gezwungen, ihren Eigenstrom in das große Netz einzuspeisen. Wenn Ede Knack kommt und Ihr ausgekühltes Haus plündern will, können Sie leider keine Polizei mehr rufen. Das sind so die Bilder, die auch immer wieder sensationslüstern über die Medien ventiliert werden.

IMMER MEHR STROMFRESSER DURCH DIGITALISIERUNG

Besonders gerne malen die Presseexperten der fossilen Energien und der Atomkraftwerkskonzerne solche Bilder. Leider haben sie bei der Beschreibung des Gefahrenszenarios im Großen und Ganzen Recht. Es fragt sich nur: Von welchem Ende her wird die Wurst aufgegessen? Haben wir zu wenig Atom- und Kohlekraftwerke? So viel kann man sagen: Die Corona-Kampagne hat zu einer rapiden Digitalisierung geführt. Und in aller Stille haben die Superreichen wie Mister Amazon, Jeff Bezos, oder Mister Tesla, Elon Musk, die umstrittene 5G-Technologie massiv vorangetrieben. Allein in Deutschland sind bereits 60.000 5G-Sendemasten installiert worden. Weitere 800.000 5G-Masten sind geplant. Und 50.000 Satelliten werden in niedriger Flughöhe mit den 5G-Masten kommunizieren. Jede größere Fabrik darf in eigener Regie mit 5G-Sendern bestückt werden. Dann sollen sich Roboter und autonome Fahrzeuge ohne menschliche Einwirkung auf dem Werksgelände über den optimalen Arbeitsablauf unterhalten können. Dass dabei ein monströser Stromverbrauch entsteht, darüber wird selten ein Wort verloren. Eine Studie des Stromriesen Eon rechnet vor, dass dabei alleine bis 2025 durch 5G ein Mehrbedarf von etwa 3,8 Milliarden Kilowattstunden (KWh) entstehen wird. Das entspricht dem jährlichen Stromverbrauch von 2,5 Millionen Bundesbürgern. Und bis 2025 wird ja nur ein kleiner Teil der 5G-Anlagen bereits installiert sein. Und der Anteil der Computer-Rechenzentren am Gesamtverbrauch wird bis 2030 auf dreizehn Prozent ansteigen.

Der andere neue Stromfresser ist die sogenannte E-Mobilität. Im Moment flüstern nur einige Tausend Elektroautos durch Deutschland. Aber im Jahre 2030 sollen bereits vierzehn Millionen E-Autos durch das Land stromern. Na und? Bei uns kommt der Strom aus der Steckdose! Das ist genau das Problem. Die Stromanbieter wollen ihre flauen Verbrauchszeiten in der Nacht mit niedrigen Tarifen attraktiver machen. Wenn nun alle Deutschen ihr E-Auto ab 19 Uhr zuhause anstöpseln an die Steckdose zum Aufladen — ja, dann könnte es kribbelig werden. Der Ortsnetztrafo, der für je 50 bis 200 Haushalte die 20.000 Volt herunterbricht auf verträgliche 230 Volt, könnte bei so vielen aufzuladenden Autos und E-Rollern leicht die Grätsche machen. Also muss die Infrastruktur im ganz großen Maßstab fit gemacht werden für diesen gigantischen Zusatzverbrauch.

DIE BUNDSREGIERUNG STEUERT AUF EIN FIASKO ZU

Die Planung einer solchen Umstrukturierung obliegt der Bundesregierung. Das Wirtschaftsministerium hatte im letzten Jahr geschätzt, dass der Stromverbrauch von jetzt ungefähr 550 Terrawattstunden (TWh) auf 580 TWh im Jahre 2030 ansteigen wird. Jetzt hat das Haus Altmaier die Prognose auf 665 TWh für 2030 angehoben. Von allen Seiten heißt es nun, das sei angesichts der oben geschilderten Zunahme-Faktoren beim Stromverbrauch immer noch viel zu niedrig angesetzt. Der Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft setzt den Stromverbrauch für 2030 auf 700 Terrawattstunden an. Realistischer dürfte die Schätzung des Bundesverbandes Erneuerbarer Energie (BEE) mit mindestens 740 TWh sein. Warum stapelt das Wirtschaftsministerium so tief? Der Grund könnte darin liegen, dass sich die Bundesregierung verpflichtet hat, den Anteil Erneuerbarer Energien an der gesamten Stromproduktion von heute 42 Prozent auf 65 Prozent im Jahre 2030 zu steigern. Und die Regierung andererseits nicht willens ist, im gleichen Maß die Erneuerbare Energien zu fördern. Das Schema ist aus früheren Zeiten bekannt: Immer wieder ließ die Bundesregierung die Erneuerbare Energien bewusst auflaufen, um dann wieder auf Atomkraft und Fossil zu setzen. Immer wieder mussten Katastrophen wie Tschernobyl oder Fukushima Kurskorrekturen zugunsten der Erneuerbaren Energien erzwingen.

Wir müssen also der Bundesregierung auf die Finger schauen, damit nicht der große *Blackout* schon durch eine falsche Planung quasi vorprogrammiert daherkommt. Doch das reicht nicht. Wir müssen wieder weg von der zentralisierten globalisierten Wirtschaft mit ihren anfälligen Lieferketten. Regionalisierung und Dezentralisierung sind für uns die richtigen Wege. Wenn Sie ein eigenes Haus besitzen: Installieren Sie sich ein abgeschlossenes Gleichstromnetz mit Solarzellen und Autobatterie als Speicher. Kochen und heizen Sie mit Feststoffen, also am besten Holz. Bauen Sie selber Gemüse und Obst an. Dann bleibt Ihnen beim Stromausfall das Übelste erspart.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

PFIZER-GEHEIMVERTRÄGE BEKANNT GEWORDEN

Berlin/DW. Medienberichten zufolge wurden die streng gehüteten Impfstoffverträge des US-amerikanischen Pharmakonzerns Pfizer in die Öffentlichkeit getragen. Urheber des sogenannten *Leaks* sei der IT-Experte Ehden Biber, der sich Zugriff auf Kopien der Lieferverträge des Pharmagiganten verschafft haben soll. Die Echtheit der Kopien, die auf der Kurznachrichtenplattform *Twitter* veröffentlicht wurden, ist von offizieller Seite unbestätigt. Laut den enthüllten Informationen soll sich Pfizer unter anderem das Recht eingeräumt haben, fast alle Rahmenbedingungen der Lieferung selbst festzulegen.

Darüber hinaus erzwingt Pfizer beim Käufer das Einverständnis, »dass die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs nicht bekannt sind und dass der Impfstoff unerwünschte Wirkungen haben kann, die derzeit nicht bekannt sind«. Der Käufer erkläre sich zudem bereit, bei etwaigen Komplikationen Pfizer von sämtlichen Ansprüchen und Klagen freizustellen. (ber)

NOCH MEHR ZAHLEN, UM ANGELOGEN ZU WERDEN

Karlsruhe/DW. Das Bundesverfassungsgericht verkündete am 5. August 2021, dass der Erhöhung der GEZ-Zwangsgebühren von 17,50 Euro auf nunmehr 18,36 Euro stattgegeben wurde. Zuvor hatte das Land Sachsen-Anhalt die Erhöhung des Beitrags zur Finanzierung der staatlich-elitären Propaganda blockiert. Daraufhin legten die sogenannten Öffentlich-Rechtlichen eine Verfassungsbeschwerde ein. Die Staatspropaganda-Medien stehen für ihre einseitige Berichterstattung und Verbreitung von *Fake-News* stark in der Kritik. Auch die skandalösen Gehälter der Funktionäre, die bis zu 400.000 Euro betragen, sorgen für Unmut in der Bevölkerung. (ber)

ARBEITSKAMPF DER EISENBAHNER

Frankfurt am Main/DW. Mit großer Mehrheit haben die Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) für Streiks im Personen- und Güterverkehr gestimmt. So wurden ihre Mitglieder bei der Deutschen Bahn dazu aufgerufen, vom 10. bis zum 13. August die Arbeit niederzulegen. Die Gewerkschafter kämpfen unter anderem für höhere Löhne und wehren sich gegen den Angriff auf die sowieso schon kleinen Betriebsrenten. Gleichzeitig genehmigten sich die Führungskräfte Summen bis zu 20.000 Euro, so GDL-Chef Weselsky. (ber)

Es war einmal ein Exportweltmeister

Die radikale Orientierung Deutschlands auf Exporte um jeden Preis gerät in einer zunehmend protektionistischen Weltwirtschaft an ihre Grenzen. | Von Hermann Ploppa



China und die USA setzen auf Protektionismus. Deutschland droht hingegen mit seiner verfehlten Exportpolitik ins Hintertreffen zu geraten. *Collage: Jill Sandjaja*

Sieht nicht so toll aus für Deutschland. Bei der Olympiade in Tokio sind nicht nur bockende Pferde verantwortlich für den mickrigen deutschen Platz im Medaillenspiegel. Eine tiefe innere Verunsicherung lässt deutsche Leistungsträger straucheln. Wie gut, könnte man meinen, dass wir in der Tabelle der stärksten Exportnationen immer noch den dritten Platz belegen. Aber wie lange noch?

Auch die deutschen Exporte könnten bald straucheln. So warnen jedenfalls bereits deutsche Wirtschaftswissenschaftler: Deutschland ist total auf Exportieren bis der Arzt kommt eingestellt. Nun schotten sich aber gerade die großen Abnehmer deutscher Exporte zunehmend ab. China hebt Löhne und Renten an und versucht alles, was bislang an Produkten noch importiert wurde, lieber im eigenen Land herzustellen. Das bringt mehr Sicherheit bei den Lieferketten. Deutsche Firmen in China werden eingeladen, dort mehr zu produzieren und weniger aus Deutschland einzuführen. Es winken Steuervorteile und billige Grundstücke im Reich der Mitte.

Und dann hatte sich die deutsche Presse über Donald Trump aufgeregt. Der böse Trump hatte gesetzlich festgelegt, dass öffentliche Unternehmen im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Kontingent von 55 Prozent aller Einkäufe von amerikanischen Anbietern einkaufen müssen. »Sleepy Joe« Biden will dieses Kontingent auf sofort 60 Prozent anheben. Bis 2029 soll dieser Anteil sogar auf 75 Prozent ansteigen. Aber Biden ist ja nach deutscher Presselogik gut und deshalb verliert man über Bidens Radikalisierung der Trump-Politik kein Wort. Das nützt aber nichts. Für die deutsche Exportwirtschaft wird es wirklich eng. Im Jahre 2016 hatte Deutschland noch einen Exportüberschuss von 249 Milliarden Euro zu verzeichnen. 2020 lag der Betrag nur noch bei 180 Milliarden Euro. Und das liegt nicht nur an Corona, wie wir noch sehen werden.

Die Lage ist deswegen kribbelig, weil in Deutschland der Anteil von Import und Export an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung augenblicklich 88 Prozent beträgt. Das ist weltweit einmalig. Dieser sogenannte Offenheitsgrad liegt in Frankreich bei 65 Prozent, in Großbritannien bei 64 Prozent. Und Japan, das immer als das Exportland par excellence galt, lebt nur noch zu 35 Prozent von Im- und Export. Die USA können sich ihre globale Isolation lokker leisten mit einem Offenheitsgrad von gerade einmal 26 Prozent. Alle hatten Deutschland vor dieser extremen Außenhandelsabhängigkeit gewarnt: der IWF, die US-Regierung und unabhängige Ökonomen in Deutschland, wie zum Beispiel Heiner Flassbeck.

DEUTSCHLAND RUINIERTE GEZIELT SEINE NACHBARN

Die ganze Agenda 2010-Politik von Gerhard Schröder und Joschka Fischer diente nur dem Zweck, Deutschland weltweit konkurrenzfähig zu machen durch eine erbarmungslose Senkung der Löhne und durch die Abschaffung der Mitbestimmung. Leiharbeiter und geringfügig beschäftigte de-facto-Arbeitslose waren der Preis für billige Exporte. Zum anderen hat Deutschland die europäischen Nachbarländer zu Opfern einer in Fachkreisen *Beggar-Thy-Neighbour* genannten Politik gemacht, sich also auf Kosten der Verarmung seiner Nachbarn bereichert. Das funktionierte unter anderem mit der Einrichtung der Euro-Zone: Als alle europäischen Staaten noch eigene Währungen hatten, konnten sich die Länder mit der Anhebung oder Senkung des eigenen Wechselkurses die eigene Wirtschaft vor ruinöser Auslandskonkurrenz schützen. Das Instrument entfiel mit der Einführung des Euros. Folge: Schwächere Wirtschaften brachen zusammen unter dem Ansturm deutscher Waren. Das ist eine ganz entscheidende Ursache der Schwierigkeiten der Mittelmeerländer. Diese rücksichtslose Politik der verbrannten Erde hat nicht gerade die Sympathien für Deutschland und seine Regierung gesteigert, um das Mindeste zu sagen.

Ökonomen warnen: Die aktuellen Wachstumszahlen in der Wirtschaft bedeuten nur einen Aufstieg aus der Corona-Delle des letzten Jahres. Wenn wir wieder auf Vor-Corona-Niveau sind, hört das Wachstum auf. Und dann gibt's nichts mehr in der Welt zu verkaufen. Alle machen dicht. Schwellenländer wie Indien oder Brasilien sind durch die Corona-Politik ins Taumeln geraten und fallen zunächst als Käufer deutscher Waren aus.

AUF DEM WEG IN DIE TRANSATLANTISCHE SACKGASSE

Und was empfehlen die Wirtschaftsberater der Bundesregierung? Sie empfehlen, so weiterzumachen wie bisher und die Reihen in unerschütterlicher Nibelungentreue unter den Fittichen der USA fest zu schließen. Der Handel mit den eurasischen Staaten wäre allerdings eine gute Wachstumsperspektive für Deutschland gewesen. Der Abstieg der deutschen Ost-Geschäfte ist seit der sogenannten Krim-Krise im Jahre 2014 unaufhaltsam. Unsere wichtigen Partner Russland und China haben ja nicht aus Spaß auf Protektionismus umgeschaltet. Lange Zeit noch mahnte der chinesische Präsident Xi Jinping den internationalen Freihandel an. Doch die USA setzen auf Krieg gegen Russland und China. Jetzt ist für Deutschland die Tür nach Osten zu.

Es ist unfasslich, dass keine einzige Partei im Bundestagswahlkampf ein Konzept für den Ausstieg aus der vollkommen überdrehten Exportorientierung auch nur zum Thema macht. Dabei sind die Wege aus der Sackgasse deutlich zu erkennen. Es steht eine massive Stärkung der Binnenwirtschaft an, mit drastisch steigenden Löhnen und Renten zur Steigerung der Nachfrage. Abschaffung aller Billiglohnsegmente. Zudem haben die Katastrophen der letzten Zeit deutlich gemacht, dass ein groß aufgelegtes Infrastrukturprogramm unerlässlich ist. Die Berliner Allparteienkoalition denkt jedoch nicht daran, die unbequemen Realitäten auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Hier und jetzt das Ruder radikal herumzureißen. Es wird höchste Zeit, dass die deutsche Öffentlichkeit endlich aufwacht.

»RÉSISTE« – PARIS FÜR DIE FREIHEIT

Am 7. August, zwei Tage vor der Einführung des Covid-Passes, kommt es in der französischen Hauptstadt zu Massenprotesten. | Bericht von Ronja Palmer

Seit Wochen demonstrieren in ganz Frankreich Hunderttausende gegen die Einführung des »pass sanitaire«. Seit dem 9. August 2021 ist der Nachweis über eine Impfung, einen negativen Test oder eine überstandene Corona-Infektion verpflichtend für den Zutritt zu Restaurants, Cafés, Gesundheitseinrichtungen, Messen und Jahrmärkten und für Fernreisen in öffentlichen Verkehrsmitteln. Er markiert einen weiteren Schritt in die Corona-Diktatur. Gemeinsam halten Frankreichs Demokraten dagegen. In über 200 französischen Städten wird *en masse* demonstriert.



Paris entschlossen gegen den Covid-Pass: Zehntausende auf der Avenue de Breteuil am 7. August 2021.

Reisen im Corona-Überwachungsstaat ist kein Zuckerschlecken — das wird mir auf meinem Kurztrip nach Paris Anfang August schmerzlich bewusst. Dabei fiel die erwartete Corona-Test-Kontrolle im Zug von Kaiserslautern nach Paris glücklicherweise aus. Trotzdem. Ein innerer Stress ist da, und jetzt nicht nur wegen des fehlenden Kaffeefilters im Gesicht. In Paris angekommen, tauche ich auf dem Weg ins Zentrum in wuselige Straßenszenen von gelassen Kaffee schlürfenden und fröhlich shoppenden Corona-Konformisten. Ist ihnen denn bewusst, dass sie ab Montag ihre geliebten Restaurants und Cafés nur noch mit dem sogenannten »pass sanitaire« werden betreten können? Oder haben sie alle schon den rettenden *shot* bekommen, frage ich mich und wünsche mir, alle diese Menschen würden, statt durch die Fußgängerzone zu schlendern, morgen zur angekündigten Großdemo gegen die Einführung des Gesundheitspasses und die am 15. September in Kraft tretende Impfpflicht für das Gesundheitspersonal erscheinen.

DEMOKRATEN FLUTEN PARIS

Am folgenden Mittag ist dann zwar nicht ganz Paris auf den Beinen, aber doch eine gewaltige Anzahl französischer Demokraten — und während ich überwältigt bin, kramt die *Tagesschau* mal wieder ihre Lieblingszahl heraus. 17.000 Demonstranten sollen es in Paris gewesen sein. 237.000 landesweit. Immerhin. Aber sehr wahrscheinlich waren es mehr.



Freiheitsraub? – »Nein Danke!«, denkt sich dieses Paar. *Fotos auf dieser Seite: Ronja Palmer*

Wir kennen das ja. Was die zwei der vier Pariser Demos betrifft, die ich besuche, so muss ich feststellen: Sie hätten kontrastreicher nicht sein können. Die erste, angekündigt auf dem Telegram-Kanal »Worldwide Rally for Freedom France« startet am Place Joffre unweit des Eiffelturms. Die Menschen strömen in Massen heran, viele mit Transparenten, auf denen steht: »libérons la france« (Deutsch: Wir befreien Frankreich), »La quatrième vague, c'est nous« (Deutsch: Die vierte Welle sind wir) oder »Pas nos enfants!« (Deutsch: Nicht unsere Kinder!). Ich sehe viele Ehepaare, ein paar wenige Familien. Die Demonstranten sind mehrheitlich älter, aber auch einige junge Menschen sind da. Es läuft der französische Klassiker »Résiste« von France Gall. Mich wundert, dass kaum Polizei vor Ort ist, nur zwei vereinzelte Polizeiautos zieren den Rand der Demo. Auch herrscht weder Abstands- noch Maskenpflicht. Eine Kontrolle der Hygieneregeln gebe es auf den Demos nie, wird mir erklärt. Kein Vergleich also zu den terrorisierenden Demo-Auflagen in Deutschland. Zum Protest aufgerufen, so muss ich erfahren, haben Anhänger der rechtspopulistischen Partei »Les Patriotes«. Sind diese Teilnehmer also alle rechts? Nein. Viele lehnen die rechte Politisierung ab, fürchten sich aber vor der Polizeigewalt auf anderen Demos, wie die der Gelbwesten. Vor allem Frauen sagen mir, sie trauen sich alleine nicht auf die anderen Demonstrationen. Und tatsächlich darf der Protestmarsch ohne jegliche polizeiliche Störungen bis auf den Platz vor das »Hôtel national des Invalides« ziehen. Als die Initiatoren dort auf einer Bühne beginnen, ihre Reden zu schwingen, mache ich mich auf zum »Place du Châtelet« auf der anderen Seite der Seine, dem Endpunkt des Gelbwesten-Aufzugs.



Eine Gelbwesten-Demonstrantin weist Pariser Polizisten in die Schranken.

TANZ AUF DEN BARRIKADEN

Bereits von weitem sehe ich: Sämtliche zuvor durch Abwesenheit glänzende Beamten haben sich hier versammelt. Polizeiwagen reihen sich aneinander, ganze Straßen und eine Brücke sind abgesperrt. Doch zunächst scheint alles friedlich. Vor dem Rathaus »Hotel de Ville« tanzen und singen etwa fünfhundert Menschen ausgelassen zu den Rhythmen einer Trommelgruppe. Unter Beobachtung durch den schwarzen Polizeiblock wird zu dem Ruf »Liberté!« sogar Polonaise getanzt — ob sie wohl Capt'n Futures Berliner Polonaise kennen? — Dann rückt die Polizei an. Zeitweise können die Demonstranten die Staatstruppen zurückdrängen, dann gehen die wieder zum Angriff über. Personen werden brutal zu Boden geworfen und anschließend verhaftet. Ein paar Touristen verfolgen neugierig durch die Absperrung den sich vor ihnen abspielenden Straßenkampf. Ich fühle mich wie in einer Kriegszone, nicht grundlos tragen die anwesenden Journalisten Schutzhelme. Am Torbogen des Rathauses erinnert die in Stein gemeißelte Aufschrift »liberté, égalité et fraternité« an die einst erkämpften Freiheits- und Bürgerrechte, die jetzt, im Jahr 2021, mit schwarzen Stiefeln getreten werden.

GELBWESTEN IM WIDERSTAND

In einer ruhigen Minute lerne ich Nadia kennen, eine Gelbwesten-Aktivistin, alleinerziehende Mutter und Therapeutin. »Ich möchte kein Versuchskaninchen für die Pharmaindustrie sein«, sagt sie mir. »Die Maßnahmen sind willkürlich und freiheitsfeindlich. Die Zahlen, mit denen uns die Medien seit März 2020 füttern, lösen bei vielen Angst aus, vor allem bei den Kindern. Viele Traumata im Zusammenhang mit den Anschlägen von 2015 werden wieder ausgelöst. Ältere Menschen werden allein gelassen und verlieren die Hoffnung.« Warum sie bei den Gelbwesten ist, frage ich und Nadia erklärt: »Wir, die Gelbwesten, kämpfen für soziale Gerechtigkeit. Wir sind die arbeitenden Armen, werden gesellschaftlich abgestempelt, ja sogar als Analphabeten bezeichnet. In der Corona-Zeit, in der sich die soziale Ungleichheit noch zuspitzt, müssen wir mehr denn je für unsere Rechte kämpfen. Mich machen die herablassenden Blicke der Schaulustigen auf den Terrassen der Cafés traurig. Wir demonstrieren für den Erhalt unserer Freiheiten, während sie mittagessen.«

GEMEINSAM FÜR FREIHEIT, GLEICHHEIT, BRÜDERLICHKEIT

Am Sonntag reise ich wieder ab. Einen Tag früher als geplant, denn ich fürchte, ohne Covid-Pass das Land nicht mehr verlassen zu können — was für ein Wahnsinn! Im Zug entkomme ich wieder der per Durchsage angekündigten Corona-Test-Kontrolle. Dafür werde ich aufgrund von fehlendem Kaffeefilter im Gesicht denunziert, und das französische Zugpersonal droht mir, die Fahrt auf der Zugtoilette verbringen zu müssen. Maskenbefreiungsatteste werden in Frankreich nicht akzeptiert, weiß ich jetzt.

Und wie geht es nun nach den Protesten weiter? Als entgegenkommende Reaktion auf die Demos verkauft, beschließt die französische Regierung vermeintliche Lockerungen. Negative Tests sollen nun 72 Stunden — statt der bislang 48 Stunden — gültig sein. Außerdem sollen neben Antigen- und Schnelltests auch Selbsttests unter medizinischer Aufsicht anerkannt werden. *C'est ça.* Halleluja. In ihrer Not setzen viele junge Franzosen derzeit auf eine ganz eigene Strategie: Covid statt Spritze. Die Tatsache, dass die jungen Menschen eine absichtliche Ansteckung der Impfung vorziehen, zeigt die ganze Absurdität des falschen Spiels, das Regierungen und Big Pharma mit unserer Gesundheit treiben.



Die französischen Polizeibeamten gleichen gesteuerten Kampfrobotern.

Was jetzt wichtig ist: Widerstand leisten. *Résister*. Alle zusammen. Françoise, auch eine Demo-Bekanntschaft, bringt es in einem kurzen *Statement* auf den Punkt: »Mein Gesamteindruck ist, dass eine wachsende Zahl von Franzosen mit sehr unterschiedlichem sozialem und politischem Hintergrund sehr entschlossen ist, für den Schutz unserer ›liberté, égalité et fraternité‹ zu kämpfen! Ich bin glücklich und stolz, eine von ihnen zu sein!« v

»In dem Moment ha
Was erzäh
einen M

Die Kinderrechtsaktivistin Ivonne Nöh
von Kindern während der Pandemie, die v
die Zerstörung des Rechtsstaa

DW: Können Sie den Lesern beschreiben, wer Sie sind?
Mein Name ist Ivonne Nöhren, ich bin 44 Jahre alt und Mutter von zwei Kindern. Ich bin seit knapp 13 Jahren selbständig. Ich bin gelernte Krankenschwester, aber ich habe relativ schnell gemerkt, dass ich in diesem Gesundheitssystem an meine Grenzen komme.

Was meinen Sie damit?
Mir wurde klar, dass das, was ich eigentlich machen wollte, nämlich Menschen in ihrem Genesungsprozess zu unterstützen, gar nicht gewollt ist. Ein Krankenhaus ist ein Wirtschaftsunternehmen und ich wollte aus diesem System raus.

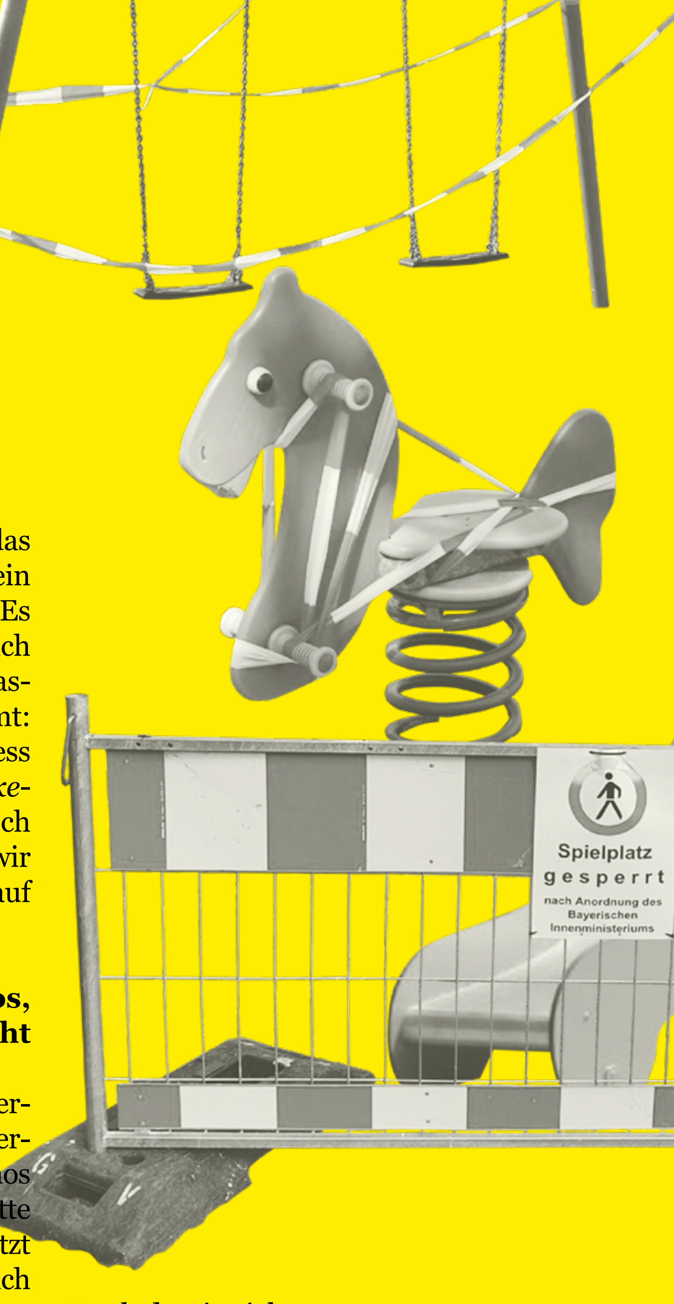
Welche Entscheidungen trafen Sie?
Über die letzten Jahre habe ich verschiedene Ausbildungen gemacht. Ich bin unter anderem psychologische Beraterin und Selbstverteidigungstrainerin für Gewaltprävention und Deeskalation. Mittlerweile habe ich in Jena ein Trainingszentrum mit dem Namen »Powerful Mind – Entdecke deine Stärke«. Dort geht es mir primär darum, dass Frauen und Kinder lernen, sich selbst zu entdecken, sich auszuprobieren und sich zu fragen: Was sind meine Stärken? Was kann ich besonders gut? Die Mädchen und Frauen lernen dort auch, wieder laut zu sein und wieder ihrem eigenen Bauchgefühl zu vertrauen, um sich vor eventuellen Gefahren zu schützen.

Ihr Herzensthema sind also Kinder und Frauen. Deswegen sind Sie bei den ersten Corona-Maßnahmen auch hellhörig geworden und haben sich engagiert. Wann haben Sie gemerkt, dass Sie etwas tun müssen?
Als das alles im März losging, kam bei mir auch erstmal der Gedanke: Ohje, was ist denn jetzt hier los? Ich war auch verunsichert. Aber ich habe dann Mitte, Ende April schon gemerkt, dass das, was ich beobachte, was ich selbst spüre und wahrnehme und das, was im Fernsehen und Radio rüberkommt, nicht zusammenpassen. Ich habe da einen inneren Konflikt gespürt. Was mich dann dazu bewogen hat, aktiv zu werden, waren die Kontakte, die ich mit den Eltern hatte und den Kontakt zum Kinderschutzdienst. Mir wurde berichtet, was hinter geschlossenen Türen passiert. Zu diesem Zeitpunkt fingen meine Alarmglocken an zu schrillen. Ich dachte mir: Sie haben alle die Kindergärten, Schulen und Vereine dicht gemacht. Die ganzen Kontrollinstanzen, die sonst auch dafür da sind, um Kindesmissbrauch und auch körperliche Gewalt zu erkennen und Meldungen zu machen. All diese Instanzen sind weggebrochen und das hat scheinbar auf einmal keinen mehr interessiert.

Deshalb gingen Sie zu Ihrer ersten Demonstration?
Der Auslöser für die erste Demo war ein Gespräch mit einer Mutter, die ich bei mir im Kurs habe. Sie hat mir am Telefon berichtet, dass ihr Sohn zu Hause nur noch weint, nichts mehr essen will und erhebliche Schlafprobleme hat. Nach diesem Telefonat habe ich Rotz und Wasser geheult und ich dachte: Was machen die hier mit den Kindern? Ich kann nicht einfach ruhig zuhause sitzen bleiben. Ich muss etwas machen. Und ging zur Demo.

Wann war dann Ihre erste Demo, die Sie selber organisiert haben?
Ich habe eine Kinderdemo unter dem Titel »Klappe auf für Kinderrechte« im Mai 2020 organisiert. Wir haben das damals in Kooperation mit dem Verein »Bürger für Thüringen« gemacht. Es wurde eine schöne Veranstaltung und ich hätte mir damals niemals erträumen lassen, was das mal für Ausmaße annimmt: Die ganze Polizeigewalt, der ganze Stress mit dem Ordnungsamt und der *Fake*-Antifa. Das war letztes Jahr im Mai noch nicht so. Eine Woche später haben wir die gleiche Veranstaltung auch noch auf dem Anger in Erfurt gemacht.

Wann ging es für Sie damit los, dass kritische Stimmen nicht mehr gehört wurden?
Es gab ja die Demos am März in Berlin und bundesweit – und dann in Berlin Anfang und Ende August die Demos mit Millionen Teilnehmern. Ich hatte dort noch nicht das Gefühl, dass das jetzt kritisch zu bewerten wäre oder dass ich Angst haben müsste. Am 1. August 2020 in Berlin war eher so eine Volksfeststimmung. Es war eine geniale Atmosphäre. Was mich aber da schon gewundert hatte, war die Tatsache, wie viele Menschen, die ich dort gesehen habe, und dann plötzlich überall berichtet wurde, dass 20.000 Leute durch Berlin gezogen seien. In dem Moment habe ich nur gedacht: Was erzählen die da eigentlich für einen Müll?



Der Wahn abgesperrter Kinderspielplätze. Das Corona-Regime hat von Beginn an klargemacht, dass es für den Menschen als solchen nur Verachtung übrig hat.
Gestaltung dieser Seiten: Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja

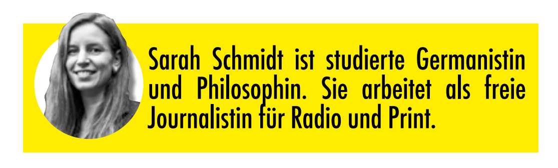
Doch damit nicht genug …
… denn dann ging es mit diesem *Framing* Reichsbürger und weiteren Diffamierungen in den Medien los. Das habe ich aber zu dem Zeitpunkt noch gar nicht so als Bedrohung empfunden. Ende August war es dann schon etwas angespannter. Es war auch viel mehr Polizeipräsenz da. Die Stimmung war aggressiver. Im November ging es richtig los, als

abe ich nur gedacht: len die für Müll?«

Mutter und gelernte Krankenschwester: Ivonne Nöhren trägt die Corona-Lüge nicht mit.



ren spricht über die Vernachlässigung ergewaltigende Rahmung der Medien und tes. | Interview von Sarah Schmidt



Sarah Schmidt ist studierte Germanistin und Philosophin. Sie arbeitet als freie Journalistin für Radio und Print.



wir das zweite Mal in Leipzig gewesen sind. Da haben wir dann schon deutlich mehr Druck gespürt. Diese Einkesselungen und Übergriffe, die stattgefunden haben und die verbalen Beschimpfungen von der *Fake*-Antifa.

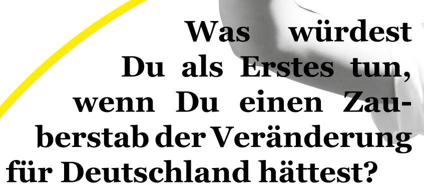
Sie sind auf Demos schon als Holocaust-Leugnerin bezeichnet und in den Staats- und Konzernmedien als stadtbekannte Querdenkerin dargestellt worden. Wie gehen Sie damit um?
Wirklich schlimm für mich war der Fernsehbeitrag vom MDR im Februar. Da gab es diese Leere Stühle-Aktion von den Gastronomen. Dafür war ich in der Orga-Gruppe. Bei der Aktion ging es um die Gastronomie und die kleinen und mittelständischen Unternehmen, was ich ja mit meinem Trainingszentrum auch habe.

Was wollten Sie mit den leeren Stühlen im Stadtbild erreichen?
Es ging nur darum, darauf aufmerksam zu machen, dass wir seit Monaten geschlossen sind und durch den *Lockdown*, die Zwangsschließung, massive Probleme haben. Dieses Anliegen, was wir hatten, wurde völlig in eine andere Schublade gesteckt und abgewertet: die Maßnahmenkritiker, die Corona-Leugner und die stadtbekannte Querdenkerin.

Was hat das mit Ihnen gemacht?
Das hat mich schon traurig gemacht, weil ich mich so nicht sehe und ich mich auch nicht für eine Bedrohung halte. Ich bin einfach ein ehrlicher Mensch und ich sage, was ich denke, das lasse ich mir nicht verbieten. Auch nicht nach solchen hässlichen Artikeln. Das Witzige ist ja, dass ich mittlerweile ein so gutes Netzwerk habe, dass ich zum Teil jetzt schon von Leuten, die mit Journalisten befreundet sind, im Voraus eine Nachricht bekomme: Ivonne, Achtung! Da ist schon wieder ein übler Artikel über dich in Vorbereitung. Dann kann ich mich schon ein bisschen mental darauf vorbereiten und es trifft mich nicht so kalt. Aber es ist tatsächlich auch geschäftsschädigend. Ich biete diesen Sommer ein Feriencamp für Kinder an und drei Eltern haben die Buchung wieder storniert mit der Begründung, dass sie herausgefunden hätten, dass ich der Querdenker-Szene angehöre und dieses Gedankengut nicht teilen könnten. Das macht schon was mit einem. Ich kann so froh sein, dass ich ein so tolles Netzwerk an Menschen habe, die mich wirklich kennen.

Die Mitmenschen. Ich hätte nie erwartet, dass so viele Menschen zum Blockwart werden. Zum Beispiel ein junger Mann, der die Polizei angerufen hat, weil wir mit einer kleineren Gruppe spazieren waren. Ich war wirklich entsetzt. In was für einem Land sind wir gelandet? Und was mich parallel dazu noch schockiert, ist das, was in Weimar passiert ist. Dass ein Richter wegen angeblicher Rechtsbeugung angezeigt wird. An dem Tag ist das Rechtssystem für mich begraben worden. Das ist beängstigend. Auch die Rechtsanwälte haben mittlerweile Angst. Wir haben hier ein paar Rechtsanwälte in der Stadt angefragt, ob sie uns bei unseren Anliegen helfen könnten. Aber sie haben Angst, dass ihnen die *Fake*-Antifa in Jena die Kanzlei abfackelt. Das ist schon erschreckend. Ich hätte nie für möglich gehalten, dass das in unserem Land jemals möglich sein kann.





Was würdest Du als Erstes tun, wenn Du einen Zauberstab der Veränderung für Deutschland hättest?
Ich würde ab morgen sofort verändern, dass die Schulpflicht abgeschafft wird und dass Kinder auch frei lernen dürfen. Es haben sich jetzt aufgrund der Extremsituation für die Kinder viele Initiativen in ganz Deutschland gegründet. Ich wünsche mir, dass diese Institutionen, die sich da gegründet haben, eine Chance haben, etwas Neues zu etablieren. Einen neuen Bildungsweg. Es ist selbstverständlich, dass wir in Deutschland eine Bildungspflicht haben. Das finde ich gut und wichtig. Aber es sollte nicht diesen Zwang geben, dass die Kinder wirklich in einer Staatsschule lernen müssen, wie sie es aktuell tun. Das wäre mein größter Wunsch.



Ein junger Widerstandskämpfer demonstriert gegen den Maskenzwang für Kinder.
Foto: Steve Schramm

Klatsch & Tratsch

GEHEIME AFFÄRE? MEGASKANDAL!

SIND BALLWEG UND KÖNIG FITZEK EIN LIEBESPAAR?

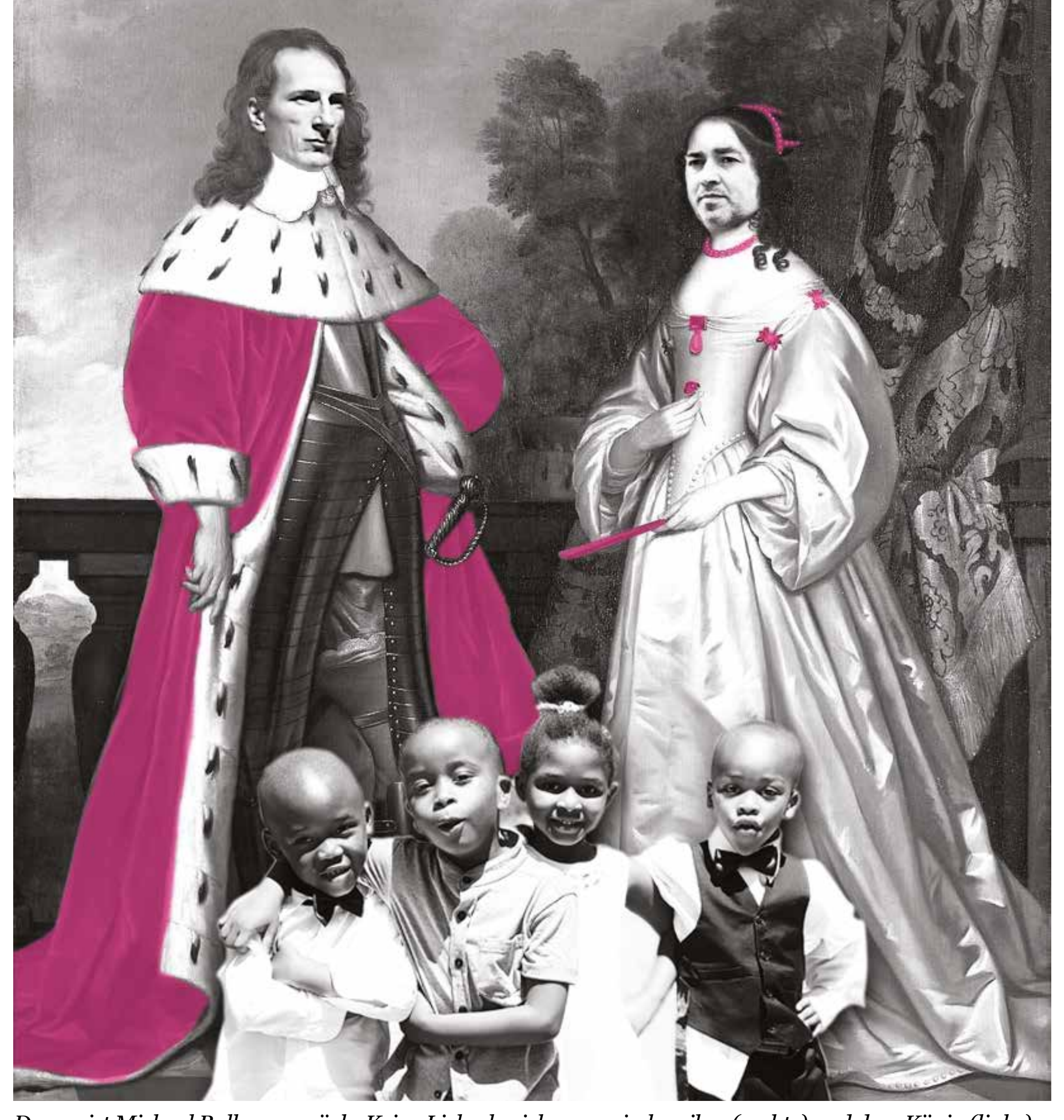
Investigativjournalisten deckten kürzlich Unfassbares auf: Der bürgerliche Querdenker Michael Ballweg soll nicht nur ein Konto auf der Königsbank haben. Die beiden trafen sich informierten Kreisen zufolge sogar zum Essen!

DER VERDACHT LIEGT ABSOLUT SELBSTVERSTÄNDLICH NAHE: TRAFEN SIE SICH ZUM HEIMLICHEN KÜSSEN?

Gerüchten zufolge sollen die beiden sogar vier Kinder aus Tansania adoptiert haben. Unglaublich! Kriegt Deutschland jetzt prunkvolle Hochzeiten, Adelsstreitigkeiten und Hofintrigen, wie wir sie aus England lieben? DW drückt allen Klatsch&Tratsch-Lesern die Daumen. Der DW-Adelsexperte Sodenkamp weiß zu berichten: »Der König von Deutschland, Peter Fitzek, ist trotz Reichsapfel, Zepter und Krone in den europäischen Adelskreisen ein Außenseiter. Der Blutadel erkennt seine Wahl nicht an, sondern interessiert sich nur für seine Abstammung.« Hat der einsame Monarch jetzt in den Armen Michael Ballwegs Trost, Halt und Ruhe gefunden? Sind die adoptierten Kinder Geheimagenten vom Verfassungsschutz? Erkennen Fitzeks Untertanen Ballweg als Prinzgemahl an? Wie konnte diese brisante Liaison geheim bleiben? Was wusste Markus Haintz?

DW hakt nach und konfrontiert Michael Ballweg mit der Story. Dieser weist die Gerüchte zurück: »Was soll ich dazu sagen? Da bin ich sprachlos. Ich bin glücklich mit meiner Frau verheiratet!«

Wir sagen: Liebe überwindet alle Schranken. Die Demokratiebewegung ist unteilbar. (hes)



Das weist Michael Ballweg zurück: Keine Liebesbeziehung zwischen ihm (rechts) und dem König (links). Auch keine legalen Adoptivkinder aus Tansania (Vordergrund). Collage: DW

POP POP



Kollegah ist bekannt für seine kritische Haltung. Foto: Nicolas Riedl

LYRISCHER SEITENHIEB AN DIE *FAKE*-ANTIFA

Bislang hat Star-Rapper Kollegah, der sich in der Vergangenheit immer wieder politisch geäußert hatte, zum Ausnahmezustand keine Stellung bezogen. Nun verteilt er auf seinem neuesten *Track* einen lyrischen Seitenhieb an die »Antifa-Darsteller«. Da die *Fake*-Antifa in seiner Diskographie bisher noch nie Erwähnung fand, lässt sich schlussfolgern, dass der Star die Dynamiken des Corona-Kults genau beobachtet. Kollegah war wiederholt Opfer von Antisemitismusvorwürfen und wurde stark kritisiert für seine Palästina-Sympathien. (nir)

IM »BANN DER STERNE«. DEMOKRATISCHE HERZEN BANGEN:

DROHT DAS LIEBES-AUS FÜR DAS TRAUMPAAR?

Es schien wie Liebe fürs Leben: Er, Martin Lejeune (41), der geprüfte Journalist. Sie, Anne Höhne (29), sein »Engel der Demokratiebewegung«. Doch immer häufiger hört man von Streitigkeiten im Pärchenglück. Zuletzt zankten sie sich in Berlin und im rheinland-pfälzischen Ahrweiler. War es das?

Die DW-Astrologin Alexandra Motschmann meint: »Martin ist Löwe von Sternzeichen. Anni Waage. In der derzeitigen Sternenkonstellation ist es schwierig für ihn, nicht in alte Muster zurückzufallen. Er sollte sich mehr auf ihre Bedürfnisse konzentrieren, weniger wie ein Löwe auftrumpfen und ausgeglichener sein. Dann wird das wieder.«

DIE REDAKTION SAGT ZU DEN BEIDEN: toi, toi, toi! (hes)

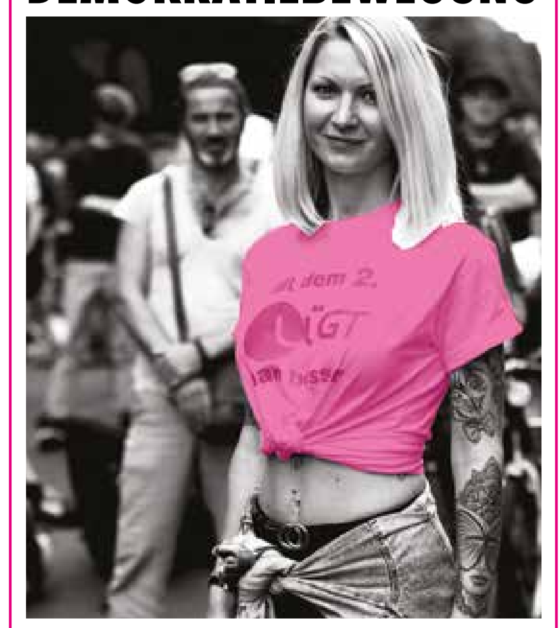


Videostill: Der Mann im roten Shirt

Zerreißt die Liebe? Anni (29) und Martin (41).

DAZU DW-LIEBESEXPERTE STEVE SCHRAMM:
»Küssen hilft viel mehr als Schreiben,
um in aller Mund zu bleiben.
Küsst euch mit weichem Schlag der Zungen,
ekstatisch wild und eng umschlungen.«

SO SEXY IST DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG

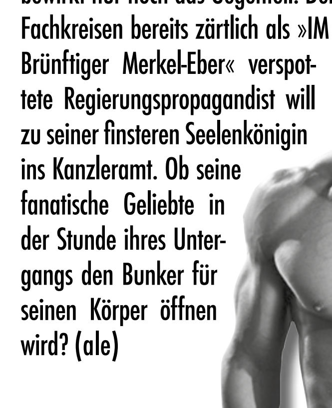


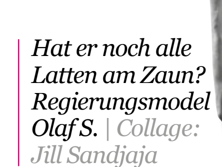
DW T-Shirts, Kaffeebecher, Taschen und Schnickschnack! Zu bestellen: www.harlekinshop.com

WIE NOTGEIL IST »I.M. BRÜNFTIGER MERKEL-EBER«?

ER TUT EINFACH ALLES FÜR SIE: *RBB*-FUSSSOLDAT OLAF SUNDERMEYER (DW-BILDCOLLAGE) LÄSST NULLEN PURZELN. AUS RUND ZWEI MILLIONEN WERDEN BEI IHM SCHONMAL »20.000«. UM *DIE EINE* ZU BEZIRZEN?

Im Mai 2021 beschwor er für seine Liebste sogar mehrfach »das Ende der Querdenker«. Doch die vielgestaltige und dezentrale Demokratiebewegung wächst weiterhin von Woche zu Woche. Was er auch tut und macht, Sundermeyer bewirkt nur noch das Gegenteil. Der in Fachkreisen bereits zärtlich als »IM Brünftiger Merkel-Eber« verspottete Regierungspropagandist will zu seiner finsteren Seelenkönigin ins Kanzleramt. Ob seine fanatische Geliebte in der Stunde ihres Untergangs den Bunker für seinen Körper öffnen wird? (ale)





Hat er noch alle Latten am Zaun? Regierungsmodel Olaf S. | Collage: Jill Sandjaja



BILDMELDUNG: *Ob sie über dem Regenbogen wieder zusammenfinden? Sowohl das rechte Magazin Compact als auch das SPD-Heftchen Konkret bemerken in ihren jeweils aktuellen Ausgaben, dass die Regenbogen-Szene vom Corona-Staatsstreich gekidnappt, entstellt und missbraucht wird. (ale)*

ZU DIESER SEITE:

So könnten wir es auch machen, …

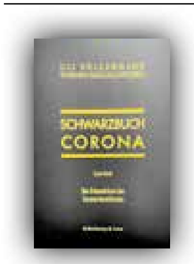
… würden nicht gerade die Regierungen der Welt gemeinsam mit einer irren Techno-Spritzen-Clique die Verfassungen brechen, die Menschen zu tödlichen Genexperimenten zwingen und die Errungenschaften dieses Kontinents vernichten. Der Bedarf nach Spionage- und Adelskrimis schien groß, deshalb erlaubten wir uns diese Seite. Wir gestehen: Der Quatsch machte auch Spaß. Ab kommender Woche kommen wir an dieser Stelle wieder auf Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Aufklärung zurück. (red.)

DW-BESTSELLERLISTE

Rezensionsexemplare bitte schicken an Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



An welchem Punkt stehen wir? Die Epidemie als Politik
Agamben, Giorgio
Turia & Kant Verlag
ISBN: 978-3-85132-996-4



Schwarzbuch Corona. Die Erkenntnis des Corona-Ausschusses
Gellermann, Uli, Ganjalyan, Tamara (HGG.)
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-1-5



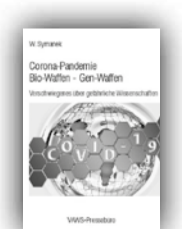
Totalversagen. Kleines Handbuch: die Selbstzerstörung einer Gesellschaft
Müller, Michael
Tredition Verlag
ISBN: 978-3-347-24597-6



Mega Manipulation. Ideologische Konditionierung in der Fassadendemokratie
Mies, Ulrich (HG.)
Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-285-1



Aktaions Unglück. Die Corona-Krise aus geisteswissenschaftlicher Sicht
Brunner, Thomas
Edition Immanente Verlag
ISBN: 978-3-942754-22-4



Corona-Pandemie • Bio-Waffen • Gen-Waffen: Verschwiegenes über gefährliche Wissenschaften
Symanek, Werner
VAWS Verlag
ISBN: 978-3-927773-93-6



Vom Verlust der Freiheit. Klimakrise, Migrationskrise, Coronakrise
Unger, Raymond
Europa Verlag
ISBN: 978-3-95890-343-2



Die Corona-Bilanz: Die Würde des Menschen ist unantastbar
Höhler, Gertrud
Heyne Verlag
ISBN: 978-3-453-60590-9



Taktiken der Entnetzung. Die Sehnsucht nach Stille im digitalen Zeitalter
Zurstiege, Guido
Suhrkamp
ISBN: 978-3-518-12745-2



Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit
Welzer, Harald
Fischer Taschenbuch Verlag
ISBN: 978-3-596-03552-6

Das nackte Leben

Mit der Impfideologie wird jeder Mensch als asymptomatisch erkrankt definiert — die Sorge um die Existenz hat jeden Wertepluralismus eingeebnet. | Von Giorgio Agamben



Co-Herausgeber des DW: Prof. Giorgio Agamben.

Glaube? Liebe? Hoffnung? Heutzutage ist das nackte Leben der einzige Wert, der als bewahrenswert gilt. Ihm haben einstmals hoch bewertete Ideale wie Menschenwürde und Lebensqualität zu weichen — vom »Luxusgut« Freiheit zu schweigen. Der menschliche Wertekatalog nähert sich somit wieder dem der Tiere an, mit denen wir den Überlebenstrieb gemeinsam haben.

Unsere nicht menschlichen Mitgeschöpfe gelten ja als Lebewesen mit ohnehin reduziertem Anspruch auf Freiheit und würdige Behandlung, Wesen, über die nach Belieben verfügt werden kann. Mit dem Fokus auf die körperliche Weiterexistenz wird zugleich Krankheit zum No-Go. Gesundheit im engeren Sinne gibt es nicht mehr; mit der aktuellen Impfagenda ist sie identisch mit Krankheit im Stadium der Potenzialität. Mehrfach in meinen vorhergehenden Eingriffen habe ich die Figur des nackten Lebens evoziert. In der Tat scheint es mir, als zeige die Epidemie ohne jeden Zweifel, dass die Menschheit an nichts mehr glaubt als nur die nackte Existenz, die es als solche um jeden Preis zu erhalten gilt.

Die christliche Religion mit ihren Werken der Liebe und des Erbarmens und ihrem Glauben bis zum Martyrium, die politische Ideologie mit ihrer bedingungslosen Solidarität, sogar der Glaube an die Arbeit und das Geld scheinen an zweite Stelle zu rücken, kaum dass das nackte Leben bedroht wird, und sei es in Form eines Risikos, dessen statistische Entität labil und vorsätzlich unbestimmt ist.

Der Zeitpunkt ist gekommen, den Sinn und den Ursprung dieses Konzepts zu benennen. Es ist deshalb notwendig, in Erinnerung zu rufen, dass das Menschliche nichts ist, was sich ein für alle Mal definieren ließe. Es ist eher der Ort unentwegt aktualisierter historischer Entscheidung, die jedes Mal die Grenze festlegt, die den Menschen vom Tier scheidet, das, was im Menschen menschlich ist, von dem, was in ihm und außerhalb seiner nicht menschlich ist.

Den gesamten Text lesen Sie in italienischer Sprache unter dem Titel »La nuda vita e il vaccino« auf quodlibet.it oder in der Übersetzung von rubikon.news ebenda.



SPORT MIT BERTHOLD
ENTSCHEIDET SELBST!

Leider lassen sich auch Fußballvereine instrumentalisieren.

Als erster Verein ist mir der FC Köln aufgefallen. Der FC spielt in einem städtischen Stadion. Nun steht der Wahlkampf an und im Rheinland kennt man sich und »hilft« sich gegenseitig. »Pfründe« und »es ist noch immer gut gegangen«, nennt das der Kölner in seiner Mundart. Im Südwesten lässt sich nun womöglich die Clubleitung des Sport-Clubs Freiburg in die – bestenfalls – experimentelle Gentherapiekampagne der Regierung einbauen. Der SC wolle »Freikarten an Geimpfte« verschenken, so meldete die *tagesschau.*

Ich würde sowohl den Vereinen und Fans als auch ihren Repräsentanten empfehlen, sich bei unabhängigen Wissenschaftlern über Injektionen von Spike-Proteinen und den Auswirkungen bei Tierversuchen zu informieren. Da die »Geimpften« ja geschützt seien, kann auch die für die Bundesliga staatlich vorgegebene Zuschauerbegrenzung von 25.000 aufgehoben werden. Sollten sich die anderen Fans anstecken, entsteht eine Herdenimmunität wie in Schweden. Trotz der vielbeschworenen Delta-Variante liegt die Inzidenz dort fast bei Null.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

DAS GRUNDGESETZ ENDET NICHT DORT, WO DIE ANGST BEGINNT.
BURAK ERBASI

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 58. Ausgabe ab Samstag, 14. August 2021. | Redaktionsschluss war am 12. August, 2:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo **Redaktionspraktikantin:** Gerda Thiele.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

Die kommende Ausgabe DW 59 erscheint am 21. August 2021.